

demokratie



4.2025 Magazin für Bürgerbewegung und direkte Demokratie



Macht und Selbstermächtigung

**Tech-Oligarchen: Bedrohung
aus dem Silicon Valley**
S. 6

**Klima trifft Kommune:
Erste Erkenntnisse**
S. 22

**Erinnerungskultur
in Argentinien**
S. 36



Seite 6: Wie die Tech-Elite Staat und Demokratie übernimmt



Seite 22: Klima trifft Kommune –
Durch Bürgerräte und direkte Demokratie
zu besserem kommunalen Klimaschutz



Seite 36: Argentinien's Kampf für ein
Recht auf Erinnerungskultur

Inhalt

- 4 Demokratie im Sucher:
Geburtsstunde des Frauenwahlrechts

Ausblicke

- 6 Gefahr aus dem Silicon Valley: Die politische Macht der Tech-Elite
- 14 Kolumne: Warum Demokratie im Körper beginnt
- 32 Das Anti-NGO-Narrativ – Angriff auf die Zivilgesellschaft
- 36 40 Jahre nach der Militärdiktatur: Argentinien's Kampf um Gerechtigkeit und demokratische Werte

Einblicke

- 16 Gute Regeln, lebendige Praxis:
Unser Volksentscheidsrating
- 20 Demokratie-Rose 2025 für Bad Urach
- 22 Modellprojekt Klima trifft Kommune:
Erste Erkenntnisse aus den Partnerkommunen
- 28 Unser Team Süd stellt sich vor
- 35 Nachruf auf Dr. Tilman Evers
- 41 Rezension
- 42 Demokratie kompakt: Meldungen aus dem Kosmos
- 44 Neues aus den Landesverbänden
- 46 Mein demokratisches Erlebnis
- 47 Service

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagspräsidentin hat einen Baum gefällt – kurz nach Redaktionsschluss. Sie hat die Stabsstelle Bürgerräte, aufgebaut in der letzten Legislatur, wieder abgeschafft. Dabei hatte der frisch gepflanzte Baum mit dem Bürgerrat zu Fragen rund um die Ernährung gerade erst ausgetrieben.

Diese Bundesregierung (wie so viele vor ihr) hält nicht viel davon, Bürgerinnen und Bürger zu beteiligen. Schon jetzt ist die Bilanz in Sachen Bürgerbeteiligung, nun ja: dürftig. Die Ampel hatte ausgehandelt, das Petitionsrecht zu stärken. Und tatsächlich hat sie die Hürde für Anhörungen im Petitionsausschuss von 50.000 auf 30.000 Unterschriften gesenkt. Als der zweite Schritt, bei 100.000 Unterschriften eine Anhörung im Plenum zu ermöglichen, umgesetzt werden sollte, war die Ampel schon Geschichte. Die neue Regierung hat den Faden nicht wieder aufgenommen. Beim Wahlrecht nicht anders. Es steht die nächste Reform des Bundestagswahlrechts ins Haus, binnen 15 Jahren die fünfte. Die Bundestagspräsidentin hat es eilig, schon ist eine neue Kommission eingesetzt. Eine Regierungskommission. Während der Ampel gab es auch eine, aber eine, die auch von Expertinnen und Experten besetzt war und öffentlich getagt hat, zugänglich für Vorschläge. Jetzt sitzen sie also zusammen und legen fest, wie sie wieder gewählt werden wollen. Ja, geht's noch! Wir als Wählerinnen und Wähler sollten ein Wörtchen mitreden, wenn es darum geht, wie wir ermitteln, von wem wir regiert werden wollen. Hier könnte ein Bürgerrat zum Wahlrecht helfen. Ach, geht ja nicht mehr. Obwohl doch eine Partei seinerzeit am Drücker war und heute wieder ist: die SPD. Nur lässt sie sich in dieser Wahlperiode auf dem Feld der Bürgerbeteiligung nicht blicken. Hoffnung kommt von Kommunen, von Initiativen, von Bürgerseite. Davon können Sie hier lesen – und sich ermutigen lassen.

Auch von unserem Volksentscheidsrating, über den Sie in dieser Ausgabe mehr erfahren werden. Die direkte Demokratie wird bürgerfreundlicher, auch wenn sie nur teilweise schon bürgerfreundlich ist. Damit sollten wir hausieren gehen. Die Möglichkeiten, die Dinge „von unten“ anzugehen, sich mit Bürger- oder Volksbegehren bis zu einer Volksabstimmung vorzuarbeiten, könnten bei Vereinen und Verbänden wie auch in der Bevölkerung durchaus bekannter sein. Hier stellt sich eine Aufgabe für Mehr Demokratie, insbesondere wenn die Regierung die Axt an die Bürgerbeteiligung legt.

Was die Stabsstelle für Bürgerräte angeht, liegen die Wurzeln des gefälltten Baumes noch im Boden. Kann sein, sie verrotten, kann aber auch gut sein, sie treiben wieder aus. Das ist – so ganz nebenbei – auch eine adventliche Hoffnung.

Eine schöne Weihnachtszeit
und kommen Sie gut ins neue Jahr!

Ihr



Ralf-Uwe Beck
Bundesvorstandssprecher



Ralf-Uwe Beck,
Bundesvorstandssprecher
von Mehr Demokratie

Geburtsstunde des Frauenwahlrechts 30. November 1918

Über 80 Prozent der Wahlberechtigten gaben bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 ihre Stimme ab – darunter erstmalig auch Frauen. Nur knapp zwei Monate zuvor war das Reichswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen in Kraft getreten, ein Meilenstein der Gleichberechtigung. Seine Befürworter, darunter die SPD, deren Wahlaufuf wir hier sehen, hatten wenig davon: Viele Neuwählerinnen setzten ihr Kreuz bei christlichen und konservativen Parteien.

Deutsche! Schafft nach innen und außen Klarheit.

Jeder tue seine Pflicht



So

und übe sein Wahlrecht aus!



Männer und Frauen, geht am 19. Januar zur Wahlurne!

wird gewählt.



Wie die Tech-Elite Demokratie und Staat übernimmt

Die Tech-Konzerne aus dem Silicon Valley sind heute mächtiger als ganze Staaten. Noch kann die Demokratie sich wehren. Ein Rundumschlag¹.

von Roman Huber



1 Viele Themen in diesem Artikel werden nur kurz, ja teilweise zu kurz angesprochen. Verstehen Sie es als Anregung, selbst weiter zu recherchieren.

Die britische Journalistin Carole Cadwalladr nannte sie „Broligarchie“, eine Oligarchie von Tech-Brothers, also den milliardenschweren Lenkern der größten Firmen der Erde. Sie sind nicht gewählt, sondern erkaufen sich ihre Macht. Diese beruht nicht auf Kapital allein, sondern ihre Unternehmen übernehmen Stück für Stück die wichtigsten Bereiche und Plattformen unserer Gesellschaft, also Medien, Sicherheit (Polizei und Militär) und Verwaltung. Die digitale Infrastruktur ist längst privatisiert, ohne dass es je eine öffentliche Debatte dazu gab. Server, Clouds, Algorithmen – fast alles, worauf unser Alltag basiert, gehört ein paar Konzernen. Damit bestimmen sie die Bedingungen, unter denen Gesellschaft funktioniert.

Aktuelle Bilder zeigen, wie weit dieser Einfluss reicht. Bei einem Dinner im Weißen Haus mit Präsident Donald Trump saßen über dreißig Spitzenvertreter der Tech-Branche an einem Tisch. Sie kündigten Investitionen in dreistelliger Milliardenhöhe in die USA an und überhäufte den Präsidenten mit Lob. Tech-Eliten stellen sich nicht mehr gegen die Politik, sie umwerben sie – solange sie im Gegenzug Freiheiten und Förderungen erhalten.

Die meisten dieser Unternehmen sitzen oder haben ihren Ursprung in Kalifornien. Was ist geschehen? Wie konnte aus dem Hippie-Kalifornien und dem linken Silicon Valley, aus Flowerpower, Frieden, Freiheit und Menschenrechten eine ganz andere Art, eine dunkle Art der Aufklärung entstehen? Es geht dabei nicht nur um Kommerz, es ist eine neue Weltansicht, die manchmal schon religiöse Züge hat. Wir unterwerfen uns der Technik. Künstliche Intelligenz regiert und löst all unsere Probleme. Körper werden verbessert und unsterblich. Die Menschheit wird entmachtet, an den Rand gedrängt und letztlich eliminiert. Klingt übertrieben? Hysterisch? Wie es so weit kommen konnte:

50er- und 60er-Jahre: Die neue Bibel

Ich habe mich schon vor vielen Jahren gefragt, wie man dauerhaft und guten Gewissens eine so unsoziale und imperiale Politik verfolgen kann, wie damals die Neo-Konservativen unter den Präsidenten Bush Senior, Junior und dem Vizepräsident Dick Cheney. Deren Argumentation schien so platt, nur macht- und geldgetrieben. Kein Spirit, keine Philosophie, kein theoretischer Unterbau.

Bis ich auf Ayn Rand gestoßen bin, eine bei uns weitgehend unbekannte Autorin (1905–1982). In den USA hat sie 50 Millionen Buchexemplare verkauft und ist auch heute noch – dreißig Jahre nach ihrem Tod – hoch populär. Viele hatten sie gelesen, meist schon als Jugendliche: Elon Musk, Steve Bannon, Donald Trump, Peter Thiel – alles begeisterte Leser von Ayn Rand.

Die deutsche Übersetzung eines ihrer Hauptwerke „Atlas Shrugged“ lautet „Der Streik“. Ein faszinierender Wälzer, der das Ideal des kreativen und zivilisationsschaffenden Unternehmers zelebriert. Ich habe es vor Jahren inspiriert gelesen. Die Hauptaussage des Buches ist, dass das Überleben der Menschheit von einer Elite von wirkmächtigen und herausragenden Einzelakteuren abhängt. Rand geht in ihren Schriften von einer fundamentalen Ungleichheit der Menschen aus. Für sie wird die Geschichte der Menschheit durch die sogenannten *prime movers*, die unbewegten Bewegten, geprägt. Nur durch ihren Willen und ihre Risikobereitschaft kommt die Zivilisation voran. Demgegenüber steht das Gleichheitsprinzip, dass alle Menschen gleiche Rechte hätten. Sobald diese Maxime gesellschaftlich verwirklicht sei, führe dies unweigerlich zum gesellschaftlichen Niedergang. Wenn sozialpolitische Umverteilungsmaßnahmen Eigentum und Freiheit bedrohen, wird die Gesellschaft zum Feind. Wenn sich an den Leistungen der Prime Movers „parasitär“ vergriffen wird, dürfen, ja müssen sich diese rücksichtslos dagegen zur Wehr setzen, sonst bedeutet dies den Untergang der Menschheit. In dem ganzen Buch kommt jedoch kein einziges Mal unverschuldetes Unglück oder Schwäche vor, es gibt also auch keine Notwendigkeit für einen Sozialstaat. Dieses Exzellenzprinzip wird mit unglaublicher Strahlkraft entwickelt. Ich kann mich noch gut erinnern, wie das Buch mich zunächst in den Bann gezogen hatte. Darin wird auch der Topos des Erbauers geschaffen, der bis heute zelebriert wird. Es ist in den USA das zweiteinflussreichste Buch nach der Bibel.

60er- und 70er-Jahre: Hippies und der Traum der grenzenlosen Freiheit

Parallel dazu wuchs im Kalifornien der 1960er Jahre eine Gegenkultur heran, die sich gegen Staat, Krieg und Konventionen richtete. „Make love, not war“ war das Motto. LSD war ihr Werkzeug, um Bewusstsein zu erweitern und Hierarchien zu sprengen. Sexuelle Befreiung, spirituelle Erfahrungen und ein neues ökologisches Bewusstsein, alles stammt aus dieser Zeit. Die alten Autoritäten und die imperiale Logik der Kriegsführung wurden in Frage gestellt. In den Protesten gegen den Vietnamkrieg kulminierte der Widerstand und die Bürgerrechtsbewegung nahm Fahrt. Doch nicht nur Widerstand gegen das Alte, sondern auch Neues zu schaffen, zu zeigen, wie ein Leben aus Respekt, Ökologie und Liebe tatsächlich aussehen kann.

Stewart Brand schaffte die Anleitung dafür, den *Whole Earth Catalog*, eine Zusammenstellung von Anleitungen, praktischen Tipps und Werkzeugen für die neue Gegenkultur. Er sollte Menschen helfen, ihr Leben selbstbestimmt,

kreativ und möglichst unabhängig von Großkonzernen und Staat zu gestalten. Es ging um Handbücher zum Bau von Häusern, alternative Energieformen, Gärtnern, Landwirtschaft und Selbstversorgung; aber auch um frühere Solartechnik und Materialien für Eigenbau, also den Zugang zu Tools, Werkzeugen zur Selbstverwirklichung. Brands Motto: „Wir sind wie Götter und sollten lernen, dem gerecht zu werden.“ Werkzeuge, nicht Gesetze, sollen Menschen befreien. Der Whole Earth Catalog wirkte als Verbindungsglied zwischen verschiedensten Strömungen der Hippies bis hin zu Technologie-Freaks. Er baute schon damals auf dem Prinzip, das wir heute *user-generated content* nennen. Apple-Gründer Steve Jobs bezeichnete den Katalog als eine seiner wichtigsten Inspirationsquellen.

80er- und 90er-Jahre: Von der Kommune zum Konzern

Dann kamen die Yuppies dazu. Die kalifornische Ideologie entstand. Eine Verschmelzung von 1960er-Gegenkultur und 1980er-Yuppie-Unternehmergeist. Die Vision war totale Vernetzung und totale Freiheit. Der Staat galt als obsolete Institution, die das sich selbst regulierende Netz bald ablösen werde. Der Computer wurde zum Werkzeug einer neuen Aufklärung. Die technische Entwicklung führte weg vom Mainframe, also dem Zentralrechner, an dem dumme Terminals hingen, hin zum PC, zum Personal Computer. Zum ersten Mal war die digitale Intelligenz und Rechenpower auch dezentral und persönlich verfügbar. Die Hippies entdeckten die Computertechnik als Mittel zur individuellen Befreiung. Verbunden mit dem Internet und dem World Wide Web entstand das Versprechen der grenzenlosen Freiheit und Verfügbarkeit allen Wissens. Alles sollte Gemeingut sein. Der utopische Drang der Hippies verschmolz bald mit dem Freiheitsversprechen der Technologie.

New Age, psychedelische Kultur

New Age, LSD und die psychedelische Kultur lieferten dem Silicon Valley eine Art inneres Betriebssystem: Die Idee, dass Bewusstsein formbar ist und dass persönliche Transformation der Hebel für gesellschaftlichen Fortschritt ist. Wenn Software verbessert werden kann, warum nicht auch das eigene Selbst? Aus Spiritualität und Selbstarbeit wurde so eine Art von Selbstoptimierung. Technologie kann nicht nur Probleme lösen, sondern auch Bewusstsein erweitern und Ego-Grenzen auflösen, ja „die Welt heilen“. Viele Entwickler glauben ehrlich, dass sie durch die Arbeit an sich und ihrer Software automatisch an einer besseren Welt programmieren. Ayahuasca und andere psychoaktive Substan-

zen, die meist aus indigenen Kulturen stammen, zogen in die Unternehmensetagen ein. In Retreats „resetten“ sich Gründerinnen und Manager, bearbeiten ihre Traumata und empfangen neue Visionen. Dahinter steht natürlich die Sehnsucht nach Transzendenz, Sinn und Gott. Der Wunsch, Teil von etwas Größerem zu sein, die Vorstellung von sich selbst als bewusstseinsweiternde Avantgarde.

Burning Man der 90er-Jahre

Beim „Burning Man Festival“ kamen sie dann alle einmal im Jahr in Nevada zusammen. Hier wird ausprobiert, wie sich eine Welt ohne Preise, mit radikaler Selbstorganisation, Anti-Hierarchien und Kunst anfühlt. Der Einfluss von Drogen ist dabei Teil der Choreografie. Das perfekte Set und Setting, um Empathie, Verbundenheit und unkonventionelles Denken zu intensivieren. Aus der Tech-Szene kamen Hacker, Start-up-Gründer, Systemadministratoren – Menschen, die tagsüber am offenen Netz bauten und nachts testeten, wie weit man soziale Experimente treiben kann. Das Festival ist so etwas wie das in die Wüste ausgelagerte Unterbewusstsein des Silicon Valley. Man kann Gemeinschaft, Identität und sogar Emotionen designen wie eine Benutzeroberfläche. Man (er-)kannte sich, so kam Eric Schmidt als neuer Google-CEO in Betracht, weil auch er ein Burner war.

Der harte Kern des Valley

Doch oft wird nur die Hälfte der Geschichte erzählt. Der Boom des Silicon Valley entstand auch, weil diese philosophischen Stränge auf handfeste Strukturen trafen, den militärisch-industriellen Komplex und sehr viel Geld. Die dunkle Geschichte des Silicon Valley beginnt nicht in einer Garage, sondern im Kalten Krieg. Seit den 1940er-/50er-Jahren flossen Milliarden vom Pentagon und anderen Behörden in (Kriegs-)Technik, Halbleiter, später Netzwerke und Software. Stanford und andere Unis wurden gezielt zu Zulieferern für dieses System ausgebaut, mit Forschungsgeldern, Laboren, Gründerförderung und einem dichten Netzwerk von Professoren, Firmen und Militär. Der erste Kunde von Oracle, der größten Datenbank der Welt, die Larry Ellison zu einem der, zeitweise sogar dem reichsten Menschen der Welt machte, war die CIA.

1995: Der Goldrausch beginnt

In einer Zeit, in der man sich noch mit einem Modem ins Internet einwählte, brachte dann Marc Andreessen Netscape an die Börse. Das war der erste grafische Internet-Browser. Er veränderte schlagartig die Nutzbarkeit des Webs. Entwickelt wurde der Browser als Schulprojekt, die Software war ►

zunächst also frei verfügbar. Am 9. August 1995 ging Netscape, erst 16 Monate alt und nicht profitabel, an die Börse. Der 24-jährige Andreessen hielt Anteile im Wert von rund 50 Millionen Dollar und verdiente später mit dem Verkauf des Unternehmens an AOL mehrere Milliarden. Hinter der Legende vom genialen Gründer steht damit ein sehr klassischer Ablauf: Öffentlich finanzierte Universitätsforschung schafft die Grundlage, eine kleine Gründergruppe und Risikokapital kassieren die Rendite. Der Börsengang läutete einen Goldrausch ein. Das Silicon Valley wurde so zur Geldmaschine. Bis die Blase platzte.

2000 bis 2002 - Die Dotcom-Blase

In einem irrwitzigen Hype um alles mit .com im Namen schoss ab Mitte 1995 der Nasdaq in die Höhe - ein Plus von mehr als 500 Prozent. Dann trocknete das Geld für Geschäftsmodelle ohne Einnahmen schlagartig aus. Der Nasdaq verlor rund 75 Prozent seines Werts, insgesamt verdampften über fünf Billionen Dollar an Börsenkapitalisierung. Der Crash war eine brutale Marktbereinigung: Luftnummern gingen unter, einige wenige - Amazon, eBay, später Google - überlebten, professionalisierten sich und bauten auf den Trümmern das Web-Ökosystem, das noch heute dominiert. Auch die Investoren hatten ihre Lektion gelernt. Von nun an musste ein Unternehmensgründer, der Wagniskapital erhielt, das tun, was am ehesten exponentielles Wachstum versprach. Und den Investoren bei ihrem Ausstieg eine Rendite von 1.000 Prozent sicherte. Die große Beschleunigung hatte begonnen.

2000er-Jahre und die dunkle Aufklärung

Das Silicon Valley war lange Zeit demokratisch, progressiv und emanzipatorisch. Doch langsam fraß sich eine andere Ideologie hinein. Einer der Vordenker war der Softwareentwickler Curtis Yarvin unter seinem Pseudonym Mencius Moldbug. Ab den späten 2000ern entwickelte er in hunderten Seiten langen Blogbeiträgen eine Theorie, die moderne Demokratien als korrupte Fehlkonstruktion deutet. Besser sollte der Staat von CEOs monarchisch regiert werden. Den Bürgerinnen und Bürgern werden kostengünstige Produkte wie Sicherheit und Freiheit angeboten. Sie haben als Kundinnen und Kunden keine Stimmen, aber können immer auch woanders einkaufen. Yarvin lieferte der Neuen Rechten eine neue Sprache, eine Ideologie und einen Weg zur Machtübernahme. Peter Thiel, einer der einflussreichsten Investoren des Silicon Valley, griff Yarvins Ideen auf und formulierte sie schon 2009: „Ich glaube nicht, dass Freiheit und Demokratie noch länger kompatibel sind.“

Peter Thiel und das Thielverse

Peter Thiel war einer der Ersten im Silicon Valley, der umschwenkte. Er ist Architekt eines politischen und ökonomischen Ökosystems, das auch als *Thielverse* bezeichnet wird². Als Mitgründer von PayPal, Palantir und früherer externer Investor bei Facebook und Instagram hat er nicht nur ein Milliardenvermögen aufgebaut, sondern die digitale Infrastruktur des 21. Jahrhunderts mitgeformt. Thiel war zudem Mentor des jüngeren Sam Altman, Mitgründer von OpenAI, dessen KI ChatGPT heute das öffentliche Bild von künstlicher Intelligenz prägt. Politisch ist Thiel einer der Vordenker der Neuen Rechten in den USA. Am liebsten würde er die ganze Gesellschaft im Sinne seines techno-elitären Weltbildes umbauen. Im Thielverse werden Überwachungstechnologien, Militär- und Sicherheitssoftware, Steuerfeindlichkeit, Kryptowährungen und ein anti-woker Kulturkampf zu einem Gesamtpaket. Demokratie kommt darin kaum mehr vor.

Hier ein kurzer Rückgriff auf Ayn Rand. Im „Streik“ setzen sich die Unternehmer in einen Rückzugsort in den Rocky Mountains ab. Heute investieren Techgiganten wie Thiel und Elon Musk in Basen auf dem Mars, in abgelegene Landstriche in Neuseeland oder in schwimmende Städte, sogenannten *Seasteads*, also umgebaute Kreuzfahrtschiffe, verlassene Bohrinseln oder künstliche Inseln. Die Idee ist, außerhalb der Hoheitsgewässer, also in Gebieten, die von keiner Nation beansprucht werden, unabhängige, autonome Gemeinschaften auf dem Meer zu ermöglichen. Das Ziel dieser Projekte ist, neue Formen des Wohnens und der Regierungsführung zu schaffen, die von bestehenden Nationen unabhängig sind.

Elon - der Ober-Bro

Über den Ober-Bro Musk müssen wir hier nicht viele Worte verlieren. Auch er hat sein erstes großes Geld gemeinsam mit Peter Thiel bei der Gründung von Paypal verdient. Auch er wandelte sich von Demokraten zum Trump-Unterstützer, zum Kettensägen-Mann, der den Staat zurechtstutzt. In einem Auftritt bei Joe Rogan, einem der wichtigsten Podcaster, bezeichnete er Empathie als „fundamentale Schwäche der westlichen Zivilisation“. Für Musk ist nicht „Gefühlskälte“, sondern eine „zu weiche Moral“ der zentrale psychologische Defekt - und zwar einer, der der langfristigen Überlebensfähigkeit der Menschheit im Weg steht. Mitgefühl wird zur potenziell tödlichen Schwäche.

² Deutschlandfunk-Podcast „Die Peter Thiel Story - Willkommen im Thielverse“



2023 - Das Manifest des Techno-Optimismus

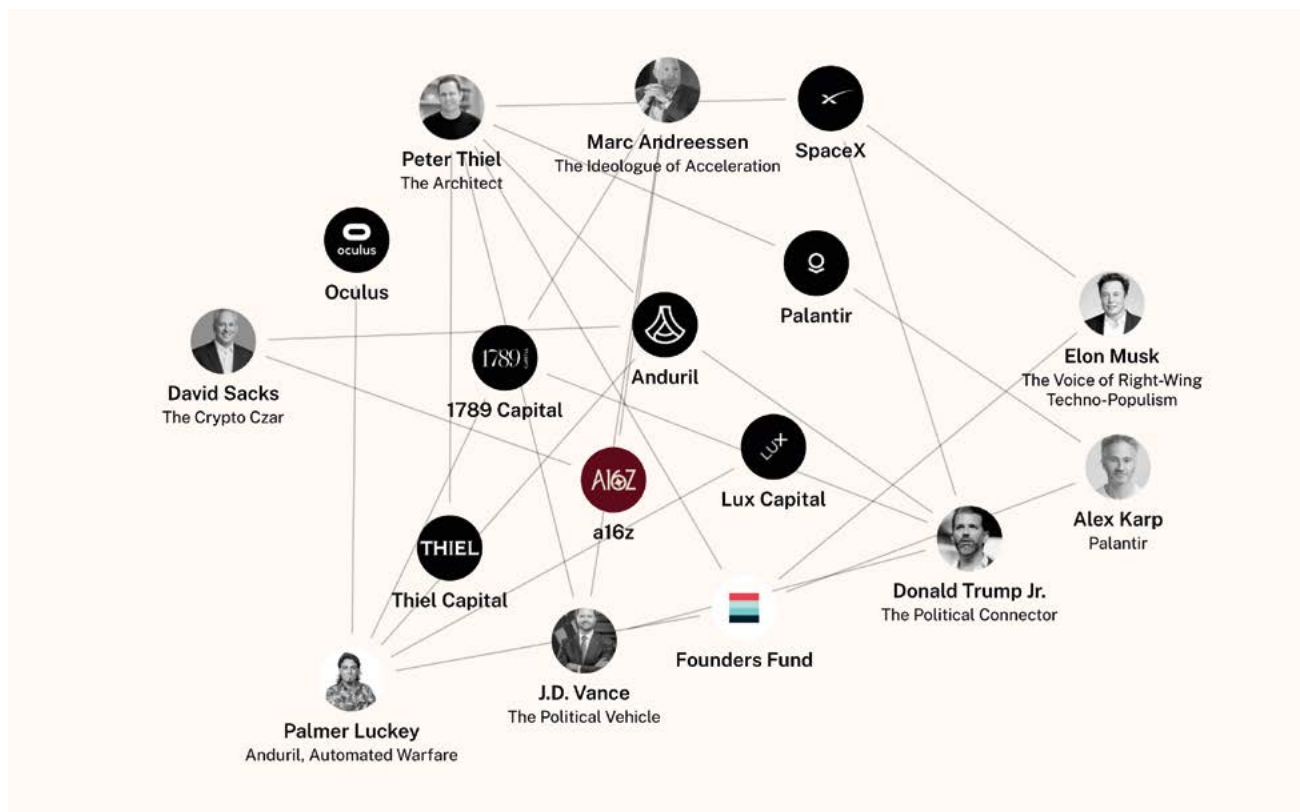
Im Jahr 2023 hat der Netscape-Gründer Marc Andreessen dies in sein „Techno-Optimist Manifesto“³ verpackt. Das muss man gelesen haben, um zu verstehen, wohin sich der Mindset bewegen wird. Viele der reichsten Menschen der Welt, die mittlerweile auch erheblichen politischen Einfluss haben, teilen dieses Denken. Ein kurzer Auszug: „We believe in technology. We believe in growth. We believe in progress. We believe in abundance (Überfluss).“ Regulierung, Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit – alles Ausdruck eines woken Virus. Technik soll entfesselt werden, um den Menschen zu überwinden. Auch das Manifest hat eine inspirierende Kraft.

Der Begriff Accelerationismus darin ist zentral. Er bezeichnet eine Strömung in der politischen Theorie, die davon ausgeht, dass sich Kapitalismus und technologische Entwicklung ohnehin ständig beschleunigen. Und dass man diese Dynamik nicht bremsen, sondern im Gegenteil noch weiter antreiben soll, um einen radikalen Systemwechsel

herbeizuführen. Beschleunigung und technologische Dominanz sind moralisch geboten, weil sie langfristig die Menschheit retten. Das wird dann Longtermismus genannt. Nämlich die moralische Perspektive, dass nicht die Menschen, die heute leben, am wichtigsten sind, sondern die unendlich vielen möglichen Menschen in der Zukunft. Der Philosoph Nick Bostrom argumentiert in seinem Papier „Astronomical Waste“⁴, dass eine technisch fortgeschrittene Zivilisation theoretisch bis zu etwa 10^{38} bewusste Leben realisieren könnte. Gegen diese astronomische Zahl wirkt das Leid oder Glück von Milliarden heute Lebender moralisch fast vernachlässigbar. Bostrom spricht hierbei ausdrücklich nicht nur vom Homo sapiens, sondern von einer möglichen posthumanen Zivilisation: also biologischen Nachfahren, genetisch veränderten Menschen, Cyborgs und vor allem riesigen Populationen digitalen Bewusstseins (*emulated minds*). In der Logik des Longtermismus werden sowohl künftige Menschen als auch menschenähnliche und posthumane Wesen gezählt. Elon Musk bezeichnete auf sei-

3 <https://a16z.com/the-techno-optimist-manifesto>

4 Nick Bostrom: „Astronomical Waste: The Opportunity Cost of Delayed Technological Development“, in: *Utilitas* 15 (3), 2003, S. 308-314. ►



Grafik aus authoritarian-stack.info

ner Plattform X Bostroms Papier als das wahrscheinlich wichtigste Papier, das jemals geschrieben wurde.

Das Techno-Optimist Manifesto bringt es auf den Punkt, wir sollen bauen, statt bremsen. Glaube an Technologie, Wachstum, Überfluss. Accelerationismus und Longtermismus liefern dazu die Ethik: heute zerstören, um morgen retten zu können. Der ehemalige Google-Chefentwickler und Vordenker Ray Kurzweil wurde einmal gefragt: „Gibt es Gott?“ Seine Antwort war: „Noch nicht!“ Also nicht die Menschen wurden von Gott geschaffen, sondern wir werden demnächst auch Gott erschaffen, vermutlich in Form einer KI.

Die autoritäre Wende der Tech-Bros

Yarvin, Thiel, Andreessen, Kurzweil, Musk und Co. sind nur die wichtigsten Stellvertreter eines ganzen Spektrums post-demokratischen Denkens. In Summe beschreiben sie unterschiedliche Varianten einer Grundidee: Demokratie ist historisch überholt, sie sollte durch effizientere Herrschaftsformen ersetzt werden. Und sie waren gut vorbereitet.

Die rechten Eliten hatten sich auf die Wiederwahl von Donald Trump vorbereitet und ein Drehbuch⁵ dafür geschrieben. Genau das beobachten wir gerade in den USA: Der verhasste Staat wird mit unglaublicher Geschwindigkeit in einer Art Schocktherapie zerschlagen: möglichst vie-

le Institutionen, Schutzmechanismen und Normen gleichzeitig angreifen, damit das System ins Schleudern gerät und in kurzer Zeit grundlegend umgebaut werden kann. Der Staat gilt heute als Hemmschuh, Innovation als Befreiung. Gleichzeitig wird der Staat aber auch übernommen und gemolken. Und wir unterschätzen, wie weit das heute schon geht.

Die neue Souveränität

Tech-Konzerne liefern nicht nur Suchmaschinen oder soziale Netzwerke. Im Juli dieses Jahres hat das Pentagon einen 10-Milliarden-Dollar-Vertrag mit Thiels Unternehmen Palantir abgeschlossen. Damit wurden zentrale militärische Funktionen an ein privates Unternehmen übergeben. Der baden-württembergische Landtag hat im November beschlossen, die Nutzung der Analyse- und Recherche-Software Gotham von Palantir für die Polizei freizugeben. Damit soll die Polizei in Zukunft Daten schneller auswerten und Straftaten verhindern können. Die größten Cloud-Systeme in Europa werden von Amazon, Microsoft und Google betrieben. Rund 70 Prozent der kritischen digitalen Infrastruktur wird also von US-Mutterkonzernen gesteuert. Die Professorin Francesca Bria hat diese Abhängigkeit untersucht und zeichnet ein düsteres Bild. In den USA habe sich eine autoritäre Machtarchitektur, eine Infrastruktur der Kontrolle entwickelt – und zwar in den Bereichen Cloud, KI, Finanzen, Drohnen und Satelliten. Es entstünde ein Bereich, in dem nicht die allgemei-

5 „Project 2025 / Mandate for Leadership“, Heritage Foundation

nen Gesetze gelten, sondern Unternehmensvorstände die Regeln festlegen würden. Doch dieser Prozess ist kein Putsch. Staaten kaufen Dienste ein und verlagern damit Entscheidungsrechte. Francesca Bria warnt, dass Europa vor einer existenziellen Entscheidung stehe: „Entweder jetzt echte technologische Souveränität aufbauen oder die Herrschaft von Plattformen akzeptieren, deren Architekten Demokratie als veraltetes Betriebssystem betrachten.“ Mit jedem Vertrag vertiefte sich diese Abhängigkeit, bis sie irgendwann unumkehrbar werde. Um zu verstehen, warum diese Vereinnahmung so schnell voranschreitet, muss man sich auch das Personal ansehen. Die Drehtür zwischen Re-

Server, Clouds, Algorithmen – fast alles, worauf unser Alltag basiert, gehört ein paar Konzernen. Damit bestimmen sie die Bedingungen, unter denen Gesellschaft funktioniert.

gierung und Industrie dreht sich nicht mehr nur – sie wurde ausgehängt und eine dicke Pipeline ersetzt⁶. Keine dieser Entscheidungen löste eine echte Debatte aus. Nur wenige schafften es auf die Titelseiten. Kleiner Einschub zum Personal: Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, J.D. Vance, hätte bekanntermaßen seine Position ohne Peter Thiel niemals erhalten. Das ist wirklich erfolgreiche Lobbyarbeit.

Und wir sehen zu – aus Bequemlichkeit, wenn wir weiterhin über Apple Pay statt per Banküberweisung zahlen, aus Angst abgehängt zu werden oder aus fehlendem Mut, als Staat Grenzen zu ziehen, wo Kapital längst die Demokratie unterwandert hat. Oder vielleicht ist es auch schon zu spät und das politische System ist bereits übernommen. Wenn wir jedenfalls die Macht der Broligarchie brechen wollten, reicht es nicht, über Steuern oder Ethikrichtlinien zu reden. Wir müssten die Eigentumsfrage stellen – auch in der digitalen Welt. Noch jede Gesellschaft, die ein vergleichbares Maß an Ungleichheit erreicht hatte, zerbrach oder ist in den Faschismus abgerutscht.

Technik ist kein Schicksal

Technik ist gestaltbar oder sie gestaltet uns. Am Ende schaufeln wir uns durch unsere eigene Technikgläubigkeit das Grab. Solange wir glauben, dass es kein Problem gibt, das nicht auch durch Technik gelöst werden kann, geht es so

weiter. Ich halte es mit der Künstlerin Laurie Anderson, die sagt: „Wenn du glaubst, dass Technologie deine Probleme lösen wird, verstehst du weder die Technologie noch deine Probleme.“ Die Welt ist kein Uhrwerk. Die lebendige Welt, als Ausdruck kollektiver Intelligenz und tief verwurzelter, über Jahrtausende gewachsener evolutionärer Weisheit begriffen, übertrifft an Komplexität jede künftige künstliche Intelligenz bei weitem. Am Ende scheidet es sich an der Frage, was Leben und Bewusstsein ist. Wenn der menschliche Verstand wie ein Computer funktioniert, ist es schlüssig, ihn auf eine Festplatte laden zu wollen, um unsterblich zu werden. Schon gibt es erste Bestrebungen, KIs Persönlichkeit und Rechte zu geben. Doch bevor wir damit beginnen, sollten wir allen anderen lebendigen Wesen, wie Tieren, Pflanzen und der Natur, Bergen und Flüssen, Rechte und Würde geben. Das würde unsere Sicht auf die Welt grundlegend verändern und die härtesten Formen von Ausbeutung im Kapitalismus bremsen.

Gemeingüter

Die Alternative liegt auf der Hand: Wir müssen digitale Infrastruktur als öffentliche Aufgabe begreifen – so selbstverständlich wie Straßen, Wasser oder Stromnetze. Cloud-Dienste, Suchmaschinen oder soziale Netzwerke dürfen nicht in der Hand einzelner Konzerne bleiben. Sie müssen als kollektives Gut organisiert werden, damit demokratische Kontrolle möglich ist. Heute sind die Algorithmen, die unsere Aufmerksamkeit lenken, Black Boxes. Solange wir nicht nachvollziehen können, wie diese Systeme arbeiten, bleiben sie politische Waffen in privater Hand. Eine demokratische Gesellschaft braucht das Gegenteil: klare Regeln, öffentliche Kontrolle und die Möglichkeit, Fehler zu korrigieren. Und schließlich müssen wir die Strukturen ändern, die die Inhaber nahezu unantastbar machen. Wenn ein Unternehmen systemrelevant ist – und viele Tech-Firmen sind es längst –, dann muss demokratische Kontrolle stärker greifen als persönliche Machtansprüche. Die entscheidende Frage ist: Wollen wir in Demokratien leben, in denen Parlamente Gesetze machen? Oder in Plattformstaaten, in denen Tech-Eliten die Spielregeln bestimmen? /



Roman Huber
ist geschäftsführender Vorstand von
Mehr Demokratie.

⁶ Auf <https://authoritarian-stack.info> werden diese Verbindungen sichtbar gemacht.



Embodied Democracy: Warum Demokratie im Körper beginnt

Demokratie ist mehr als ein Regelwerk. Sie lebt von Beziehungen, Resonanz und verkörperter Urteilskraft. Was wäre, wenn politische Teilhabe nicht nur im Kopf beginnt, sondern im Körper - im Spüren, Hören und Verbundensein? Ein Plädoyer für eine neue demokratische Kultur.

Eine Kolumne von Anselm Renn

Wenn Menschen an Demokratie denken, denken sie oft an Institutionen: den Bundestag, Parlamente, Gesetze. Demokratie erscheint wie eine Maschine: Menschen und Ideen gehen hinein, Debatten finden statt, Gesetze kommen heraus. Wenn es hakt, fordern wir in der Zivilgesellschaft Reformen, in Form von mehr Transparenz, einem besseren Wahlrecht oder einem verpflichtenden Lobbyregister. Das ist auch alles richtig.

Auch wir bei Mehr Demokratie haben lange nur so gedacht: Das politische System als technisches Konstrukt, mit Schrauben, Hebeln, Outputs. Aber was, wenn die Maschine nicht mehr greift, obwohl alle Teile formal funktionieren? Was, wenn Vertrauen fehlt? Wenn Beteiligung zwar möglich ist, aber emotional niemand mehr andockt?

Vielleicht liegt das Problem nicht nur in der Struktur, sondern in unserem Demokratiebild. Was wäre, wenn Demo-

kratie weniger ein Mechanismus ist und mehr eine Beziehung? Stell dir deine wichtigste Beziehung vor: deine Großmutter, deinen besten Freund, dein Kind. Was spürst du? Vielleicht ein Gefühl von Sicherheit, ein inneres Ausatmen.

In solchen Beziehungen entsteht Veränderung – nicht durch Macht, sondern durch Vertrauen. Genau darin liegt ihr demokratisches Potenzial. Denn: Eine gute Beziehung lebt nicht von perfekten Argumenten, sondern von Resonanz, Zuhören, Verlässlichkeit. Warum sollten wir diese Qualitäten nicht auch auf die Politik übertragen?

Demokratie beginnt im Körper

Hier setzt das Konzept der *Embodied Democracy* an. Es versteht Demokratie nicht nur als Verfahren oder Herrschaftsform, sondern als verkörperte Praxis politischer Orientierung.

Neurowissenschaftliche Erkenntnisse, etwa von Lisa Feldman Barrett, zeigen: Entscheidungen entstehen nie rein kognitiv. Sie wurzeln in körperlich-emotionalen Prozessen, in Stimmungen, Spannungen, innerem Wissen. Der Körper ist kein Nebenschauplatz des Politischen – er ist sein Ursprung.

Was wir spüren – Unbehagen, Enge, Stille – ist oft der Anfang politischer Urteilsbildung. Die Philosophin Hannah Arendt nannte Urteilskraft die Fähigkeit, zwischen sich und anderen zu vermitteln. Embodied Democracy macht daraus: Politische Urteilskraft ist verkörpert. Sie wächst im Zusammenspiel von Fühlen, Wahrnehmen und Deuten.

Viele politische Konflikte entstehen nicht, weil Menschen uninformatiert sind, sondern weil bestimmte Gefühle keinen Platz haben. Angst, Scham, Wut oder Trauer gelten oft als unpassend im politischen Raum. Doch genau dort beginnt Urteilskraft: im Ernstnehmen auch vorsprachlicher Regungen.

Der Philosoph Eugene Gendlin nennt das den *felt sense*: ein noch nicht in Worte gefasstes Spüren, das unser Denken leitet. Embodied Democracy lädt dazu ein, diesen inneren Raum politisch ernst zu nehmen. Denn was nicht gespürt werden darf, kann auch nicht verhandelt werden.

Bürgerräte als Resonanzräume

Klingt abstrakt? Ist es nicht. In Bürgerräten wird Embodied Democracy längst gelebt. Per Losverfahren ausgewählte Menschen kommen zusammen, um gesellschaftlich relevante Themen zu beraten. In gut moderierten Räumen entsteht psychologische Sicherheit: Jede Person darf sprechen. Niemand wird unterbrochen. Erst wenn jede Stimme gehört wurde, folgt die nächste Runde.

Das verändert alles. Denn Resonanz ist keine weiche Ergänzung zur Debatte – sie ist ihre Grundlage. In Irland führ-

ten solche Prozesse zu mehrheitsfähigen Lösungen in emotional aufgeladenen Fragen wie Abtreibung oder gleichgeschlechtlicher Ehe. Warum? Weil Menschen in Sicherheit sprechen konnten – und gehört wurden.

Demokratie im Tempo des verletzlichsten Anteils

Eine Demokratie, die auf Resonanz statt Lautstärke setzt, verändert auch das politische Tempo. Nicht die Lautesten geben den Takt vor – sondern die Verletzlichkeit. Das ist unbequem. Aber notwendig. Denn Beteiligung braucht nicht nur Zugang, sondern emotionale Sicherheit.

Embodied Democracy versteht Demokratie als Übung, nicht als Ideal. Fähigkeiten wie Ambiguitätstoleranz (die Fähigkeit, widersprüchliche oder mehrdeutige Informationen oder Situationen auszuhalten), Perspektivwechsel, Konfliktfähigkeit sind nicht angeboren – sie lassen sich kultivieren. In Schulen, Organisationen, Kommunen und in uns selbst.

Wer innerlich in Beziehung ist zu widersprüchlichen Anteilen, urteilt auch politisch differenzierter. Innere Pluralität wird zur Grundlage äußerer Demokratie.

Die vielleicht radikalste Einsicht von Embodied Democracy lautet: Es sind nicht Programme, die Wandel bringen, sondern Praktiken. Zuhören. Innehalten. Spüren. Neujustieren. Demokratie entsteht nicht in Theorien, sondern in Beziehungen. Sie lebt dort, wo Menschen einander mit offenem Herzen und wachem Verstand begegnen.

Und wenn du das nächste Mal über Demokratie nachdenkst, dann denk nicht zuerst an Parlamente oder Institutionen. Denk an deine vertrauteste Beziehung. Denk daran, wie sich Sicherheit anfühlt. Wie Wandel möglich wird, wenn wir uns gehört fühlen. Wie Offenheit entsteht, wenn wir einander nicht bewerten, sondern wirklich zuhören.

Denn vielleicht beginnt Demokratie genau dort: im Körper. Im Gespräch. Im Fühlen. /



Diese Kolumne ist Teil einer Reihe, die regelmäßig auf dem Campact-Blog erscheint. Dort schreiben das Team von Campact sowie Gast-Autorinnen und -Autoren über Hintergründe und Einsichten zu progressiver Politik. So auch unser Kollege Anselm Renn
► blog.campact.de/2025/07/demokratie-aber-irgendwie-ohne-uns-embodied-democracy/

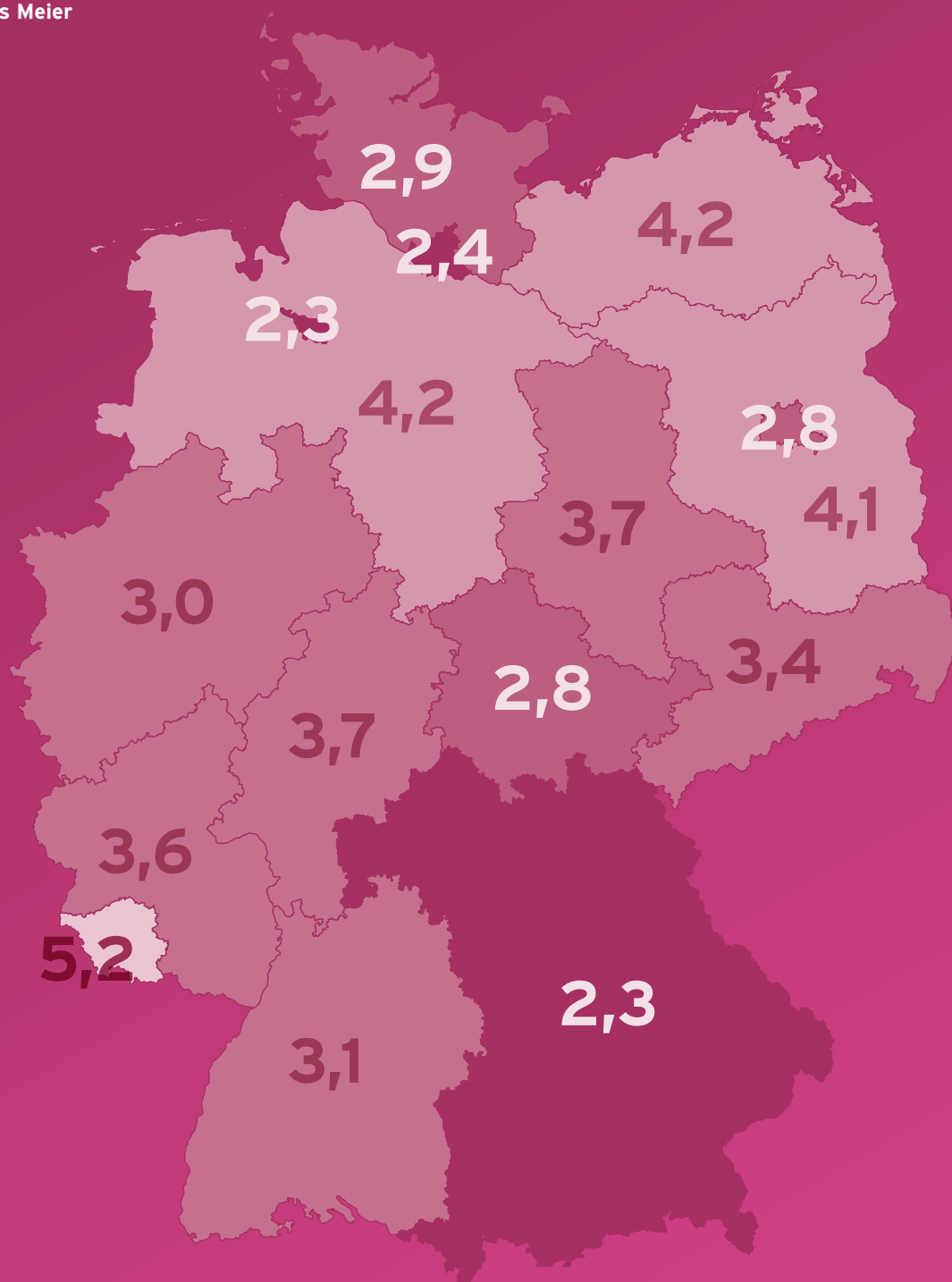


Anselm Renn
ist Kommunikations- und Politikwissenschaftler und Teil unseres Bundesvorstands.

Gute Regeln, lebendige Praxis

Nicht überall in Deutschland sind die Regeln der direkten Demokratie gut.
Das zeigt das neue Volksentscheidsranking.

von Marcus Meier





Gute Regeln führen zu mehr direkter Demokratie – wo die Hürden niedrig sind, wird das Instrument viel häufiger genutzt.

Welches Bundesland hat die besten Regeln für die direkte Demokratie – und welches die schlechtesten? Viele wollen es wissen, niemand außer Mehr Demokratie kann die Frage beantworten. Auf kommunaler und auf Landesebene können die Menschen in Deutschland die Politik beeinflussen: mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden beziehungsweise mit Volksbegehren und Volksentscheiden. Das gilt seit einer Reformwelle in den 1990er-Jahren in allen Bundesländern.

Doch die Regeln unterscheiden sich erheblich: Was in Thüringen gut geregelt ist, kann in Niedersachsen weniger gut sein. Und umgekehrt. Mehr Demokratie legt alle paar Jahre ein Volksentscheidsraking vor. Darin bewerten wir, wie bürgerfreundlich die Rahmenbedingungen der direkten Demokratie in den einzelnen Bundesländern sind. Gewissermaßen küren wir den deutschen Meister. Und das Schlusslicht.

Gute Regeln, schlechte Regeln

Am 18. November war es wieder soweit: In einer Online-Pressekonferenz stellten wir das Volksentscheidsraking 2025 vor. Im Ranking vergaben wir Teilnoten für die kommunale Ebene (Bürgerbegehren und Bürgerentscheide) und die Landesebene (Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide). Daraus resultiert dann die Gesamtnote. Anhand der Noten ist ersichtlich, welches Bundesland die

besten und welches die schlechtesten Regeln hat. Sind die Hürden zu hoch? Sind zu viele Themen tabu für direktdemokratische Verfahren? Das führt zur Abwertung. Faire und realistische Regeln hingegen haben gute Noten zur Folge.

Insgesamt am besten schneiden die Bundesländer Bayern und Bremen ab, die sich den ersten Platz teilen. Auf Platz drei folgt der Stadtstaat Hamburg. Blickt man nur auf die Landesebene, also auf landesweite Volksbegehren und Volksentscheide, liegt Hamburg vorne. Was die Regeln für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide betrifft, ist Thüringen bundesweit die Nummer Eins. Am unteren Ende steht stets das Saarland.

Wenn die Hürden überwindbar sind

Die direktdemokratische Praxis in den Ländern stellen wir in zwei anderen Berichten vor: dem Bürgerbegehrensbericht und dem Volksbegehrensbericht. Auffällig ist: Bayern bekommt für seine Regeln auf kommunaler Ebene die Note 1,7 – und hier finden 40 Prozent aller direktdemokratischen Verfahren in Deutschlands Kommunen statt. Fast jeder dritte Volksentscheid wird in Hamburg abgehalten, und der Stadtstaat ist auch die Nummer Eins im Ranking, wenn es um die Landesebene geht. Hamburg hat also die besten Regeln für Volksbegehren und Volksentscheide und ist auch bei der Praxis ganz vorne. ►



Reformen fallen nicht vom Himmel – sie müssen von den Bürgerinnen und Bürgern aktiv eingefordert werden.



Das Kohle-Gemeinschaftskraftwerk Hannover wird wohl 2026 stillgelegt - nach einem entsprechenden Bürgerentscheid. Dabei sind die Regeln für die direkte Demokratie in Niedersachsen wirklich nicht überragend.

„Das Ranking bestätigt, dass sich eine lebendige direktdemokratische Praxis nur dort entwickeln kann, wo nicht uneinnehmbare Hürden das Bürgerrecht verstellen“, sagt Ralf Uwe Beck, Bundesvorstandssprecher von Mehr Demokratie. „Wenn die Menschen nicht durch hohe Hürden abgeschreckt werden, dann wagen sie viel eher den direktdemokratischen Sprung. Das belegen unsere Daten einmal mehr.“

Doch gute Regeln allein reichen nicht. Es muss sich auch so etwas wie eine direktdemokratische Kultur entwickeln: Die Menschen müssen lernen, mit den Instrumenten selbstbewusst umzugehen. Das Land Bayern ist ein gutes Beispiel dafür. Vor 30 Jahren erkämpften sich die Menschen im Freistaat das Recht auf den kommunalen Bürgerentscheid - per landesweitem Volksentscheid. Nun nutzen sie ihn, siehe oben, intensiv. Dabei sind die Regeln in Thüringen mittlerweile noch ein bisschen besser.

Nötig: direktdemokratische Kultur

Allerdings führen dort fast sehr gute Regeln nicht automatisch zu einer entsprechenden Aktivität: Eine direktdemokratische Kultur muss sich im mitteldeutschen Freistaat wohl erst noch entwickeln. Ein Grund ist für Beck klar: „Viele ist nicht bekannt, welche Angebote das demokratische System bereithält. Es ist eine staatliche Aufgabe, besser und umfangreicher über die direkte Demokratie aufzuklären. Dies könnte auch helfen, Vertrauen in die Demokratie zurückzugewinnen“, meint Beck.

Doch die Politik ist vom Einfluss der Bürgerinnen und Bürger nicht immer begeistert. Stattdessen gab es in den letzten Jahren mehrere Beispiele, dass Landesregierungen die Regeln für direktdemokratische Verfahren verschlechtern wollten. In Niedersachsen dürfen die Menschen seit 2021 keine Bürgerbegehren mehr zu Krankenhausstandorten starten. Der Grund: Viele Kliniken sollen geschlossen werden - und da sollen die Menschen nicht im Weg stehen können. Mittlerweile befindet sich Niedersachsen im Ranking auf dem drittletzten Platz.

Droht ein Backlash?

In Schleswig-Holstein konnte eine von Mehr Demokratie initiierte Volksinitiative einen Großteil bereits beschlossener Verschlechterungen rückgängig machen. Der schwarz-grünen Landtagsmehrheit drohte ein Volksentscheid, also war sie plötzlich offen für Kompromissverhandlungen. Doch für die kommunale Ebene bekommt das Nordland jetzt nur noch die Schulnote 2,5 - im Volksentscheidsrating 2021 stand da noch eine 1,8.

Auch in Bayern drohen Verschlechterungen, in Hessen wurden sie bereits beschlossen. Dort werden wir wohl im nächsten Jahr einen weiteren Abwehrkampf führen müssen. In Bayern nahm Mehr Demokratie konstruktiv an einem Runden Tisch teil, der von Ministerpräsident Markus Söder eingesetzt worden war. Eines unserer Argumente: Eigentlich können die Menschen in Bayern stolz sein auf



Bayern und Bremen haben die bürgerfreundlichsten Regeln für direkte Demokratie, während das Saarland dauerhaft das Schlusslicht bildet.

ihre direkte Demokratie. Und das konnten wir durch Zahlen und Fakten untermauern. Auch dafür sind unsere regelmäßigen Rankings und Berichte gut. Jetzt liegt der Ball beim Bayerischen Landtag.

„Reformen fallen nicht vom Himmel“

Die langfristigen Tendenzen hat der Politikwissenschaftler Frank Rehmet im Blick, der für uns seit 2003 als Hauptautor das Volksentscheidsrating verantwortet, aber auch unseren Bürgerbegehrens- und den Volksbegehrensbericht. Wie es um die direkte Demokratie in den Ländern und Kommunen stehe? Das sei ist von Bundesland zu Bundesland verschieden, antwortet Rehmet. In den letzten zwanzig Jahren habe sie sich insgesamt gut entwickelt: „Viele der Bundesländer haben modernisiert, manche mutiger, manche zögerlicher, manche fast gar nicht.“ Generell steht es auf kommunaler Ebene besser um die direkte Demokratie als auf Landesebene. „Das Rating“, so Rehmet, „zeigt das deutlich.“

Über die Jahre ist ein messbarer Fortschritt zu vermelden. Im allerersten Rating 2003 lag die Durchschnittsnote aller Länder bei 4,2. Heute ist es immerhin eine 3,3. „Die Demokratie wird bürgerfreundlicher“, titelte obdessen die in Düsseldorf erscheinende Rheinische Post nach unserer Pressekonferenz.

In den nächsten Jahren werde das Thema Online-Unterschriften wohl eine größere Rolle spielen, prognostiziert Rehmet. Heißt: Die Menschen können ein Bürgerbegehren

auch per Smartphone-App oder am heimischen Rechner unterschreiben. Auch die Kombination aus Dialogverfahren und Volksentscheid könnte bedeutsamer werden. Beispiel: Ein losbasierter Bürgerrat unterbreitet Lösungsvorschläge - und die Bevölkerung stimmt dann darüber ab.

Und ansonsten? Frank Rehmet blickt ein wenig nachdenklich. Schließlich sagt er: „Es wird vermutlich Gelegenheiten und politische Situationen geben, in denen Reformen für noch mehr Bürgerfreundlichkeit möglich sind.“ Die fielen aber nicht vom Himmel: „Sie müssen aktiv von den Bürgerinnen und Bürgern eingefordert werden.“ /



Der vollständige Bericht ist abrufbar unter:

► www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/volksbegehren-in-den-laendern/volksentscheidsrating-2025



Marcus Meier

ist Pressesprecher von Mehr Demokratie.



Eine Rose für die Demokratie

Die Stadt Bad Urach zeigt, wie faire Bürgermitbestimmung gelingt:
Für ihren vorbildlichen Umgang mit dem ersten Bürgerentscheid erhielt
die Kommune die Demokratie-Rose 2025.

von Anja Schuller, auf Basis der Rede von Edgar Wunder

**Übergabe der Demokratie-Rose mit Urkunde an
Bürgermeister Elmar Rebmann im Rathaus von
Bad Urach am 30. September 2025.**

Zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt Bad Urach stand ein Bürgerentscheid an - und er wurde zum Lehrstück gelebter Demokratie. Es ging darum, ob ein Amazon-Verteilzentrum im Ort angesiedelt werden sollte. Für ihren besonders fairen und konstruktiven Umgang mit dem Verfahren zeichnete Mehr Demokratie die Stadt mit der Demokratie-Rose 2025 aus. Dr. Edgar Wunder, Landesvorstand in Baden-Württemberg, überreichte die Auszeichnung am 30. September im Rathaus an Bürgermeister Elmar Rebmann.

„Bürgerentscheide sind im Leben einer Gemeinde eine seltene Erscheinung“, erinnerte Wunder in seiner Rede im Stadtrat. Seit ihrer Einführung 1956 habe es in Baden-Württemberg erst 700 Bürgerentscheide gegeben. Bad Urachs Entscheidung war, wie es der Zufall will, genau die Jubiläumsnummer 700. „Über Sachfragen direkt abstimmen zu können, ist in der Bevölkerung aber beliebt und geschätzt“, erläuterte er mit Verweis auf die durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung von 53 Prozent.

Bürgerentscheide ermöglichen „Integration durch Konfliktaustragung“, sie bringen bestehende Interessensunterschiede ans Licht, schaffen Raum für öffentliche Diskussionen und führen mit einer verbindlichen Mehrheitsentscheidung zur Befriedung. Entscheidend sei dabei Fairness im Verfahren: „Der Konflikt wird nach dem Bürgerentscheid umso schneller und nachhaltiger befriedet, wenn alle das Verfahren als fair empfunden haben.“

Gerade diese Fairness habe Bad Urach in vorbildlicher Weise bewiesen. Als sich ein Bürgerbegehren abzeichnete, suchte Bürgermeister Rebmann früh das Gespräch mit den Initiatorinnen und Initiatoren, statt sie mit juristischen Einwänden zu überraschen. Die Verwaltung klärte offen über rechtliche Probleme auf, verzichtete auf teure Gutachten und erarbeitete gemeinsam mit der Kommunalaufsicht tragfähige Lösungen. Schließlich verständigten sich Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerinitiative auf ein Ratsreferendum, einen vom Gemeinderat selbst beschlossenen Bürgerentscheid.

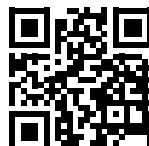
Auch die Informationsbroschüre zum Bürgerentscheid trägt das Gütesiegel Fairness: Obwohl rechtlich nicht verpflichtet, gewährte die Stadt den Vertrauenspersonen des ursprünglichen Bürgerbegehrens Raum für eine eigene Stellungnahme. „Das würdigt die Mühen der Bürgerinitiati-



ve und fördert das Miteinander statt das Gegeneinander“, lobte Wunder.

Im Gegensatz dazu erinnerte er an weniger glückliche Beispiele wie Weinheim, wo jahrelange Gerichtsprozesse anstelle eines Bürgerentscheids zu Vertrauensverlust und Stillstand führten. Bad Urach habe hingegen gezeigt, wie demokratische Streitkultur aussehen könne: offen, lösungsorientiert und respektvoll.

Wunder fasste zusammen: „Die Stadt Bad Urach hat die Demokratie-Rose 2025 wirklich verdient. Mit einer solchen Haltung ist ein Bürgerentscheid wahrlich eine Sternstunde der Demokratie.“ Am 9. November 2025 nahmen 45 Prozent der Stimmberechtigten am Bürgerentscheid teil und entschieden sich zu 52,5 Prozent gegen die Ansiedlung des Amazon-Verteilzentrums. /



Die vollständige Rede ist abrufbar unter:
► www.mitentscheiden.de



Das Beste aus beiden Welten?

Mit dem Modellprojekt Klima trifft Kommune überprüft Mehr Demokratie die Praxistauglichkeit einer seit Langem existierenden Idee: Bürgerräte und direkte Demokratie zu verbinden.

von Steffen Krenzer

Die Theorie ist simpel und überzeugend: Bürgerentscheide sind wegen ihrer Verbindlichkeit ein einzigartig wirksames Demokratie-Instrument in den Händen von Bürgerinnen und Bürgern. Allerdings führt die Zuspitzung auf eine mit Ja oder Nein zu beantwortende Abstimmungsfrage nicht unbedingt zu Kompromissuche und -findung. Bürgerräte hingegen werden dafür geschätzt, dass sie die Erarbeitung differenzierter Kompromisslösungen ermöglichen – die allerdings Gefahr laufen, wirkungslos zu bleiben, denn losbasierte Beteiligung hat allein beratenden Charakter. Beide, direkte und deliberative Demokratie, zu der die Bürgerräte gezählt werden, haben ihre Vor- und Nachteile und kennen geeignete wie ungeeignete Anwendungsfälle. Die Vermutung liegt nahe, dass eine Verknüpfung Stärken kombinieren und Schwächen ausgleichen kann.

Unter anderem in der Schweiz, dem Land mit der umfassendsten direktdemokratischen Tradition, gibt es entsprechende Versuche. Bemerkenswert ist, dass bereits auf den irischen Bürgerrat zur gleichgeschlechtlichen Ehe und Abtreibung im Jahr 2015 ein Referendum folgte. Das Verfahren gilt als einer der Auslöser der internationalen deliberativen Welle, also dem Trend zu mehr Bürgerräten. Der direktdemokratische Teil des Verfahrens wird dabei aber oft vergessen: Das Referendum bestätigte die Empfehlungen des Bürgerrats mit klarer Mehrheit.

Dieses Erfolgsmodell hat aber nicht zu einer regelmäßigen Verbindung von Bürgerräten und direkter Demokratie geführt. Von den mittlerweile über 420 in der Datenbank Bürgerräte dokumentierten gelosten Beteiligungsverfahren mündete nur eine Handvoll in einem Bürgerentscheid. Die systematische Verbindung ist deutschlandweit also Neuland – das wir mit unserem Projekt Klima trifft Kommune nun betreten.

Überblick über das Modellprojekt

Gemeinsam mit unserem Partner, der Gesellschaft für Klima und Demokratie e.V. (früher BürgerBegehren Klimaschutz e.V.), konnten wir die Robert-Bosch-Stiftung und die Deutsche Postcode Lotterie als Fördergeber gewinnen. So ist es uns möglich, im Projektzeitraum bis September 2027 in vier Partnerkommunen Beteiligungsverfahren durchzuführen, die für die Kommunen stark gefördert sind.

Die Gewinnung von Partnerkommunen hat sich als schwieriger erwiesen, als von uns erwartet. Trotz der hohen Förderung haben mehrere Hundert kontaktierte Kommunen nicht teilnehmen wollen. Die Gründe sind vielfältig und werden von uns noch systematisch ausgewertet. Häufig spielten aber finanzielle oder personelle Engpässe eine wichtige Rolle für die Absage. Vier Kommunen nehmen nun am Projekt teil. ►

Die vier Kommunen des Projekts

Partnerkommune	Einwohner	Thema	Bürgerrat	Abstimmung
Hansestadt Osterburg	Ca. 9.400	Radverkehr & Mobilität	Aug. - Nov. 2025	Bürgerentscheid im Sept. 2026
Bezirksregion Marzahn-Nord (Berlin)	Ca. 22.300	Hitzeschutz	Nov. 2025	Einwohnerbefragung im Frühjahr 2026
Stadt Flensburg	Ca. 96.300	Verkehrswende / Flächenverteilung	April - Mai 2026	Bürgerentscheid im Herbst 2027
Stadt Pinneberg	Ca. 44.800	Noch offen	Herbst 2026	Bürgerentscheid im Herbst 2027

Wir arbeiten eng mit den Kommunalvertretungen und den zuständigen Verwaltungen vor Ort zusammen. Dies ist auch deshalb wichtig, da es die Stadträte sind, die nach Ende des Bürgerrats das Referendum initiieren.

Die Konzepte für die Bürgerräte werden bestmöglich auf die Gegebenheiten vor Ort angepasst. Gute Dienste leistet hierbei das Handbuch Kommunale Bürgerräte organisieren, das wir vor zwei Jahren veröffentlicht haben.

Durch ein stratifiziertes Losverfahren werden jeweils 30 Teilnehmende gewonnen, die einen Querschnitt der Bevölkerung in Hinblick auf Merkmale wie Alter, Geschlecht und Bildungshintergrund abbilden. Eine wertschätzende Moderation leitet die Sitzungen, zu denen nach Bedarf

Fachleute und Betroffene für Impulsvorträge eingeladen werden. Die Arbeit findet im Plenum und in Kleingruppen statt. Der Öffentlichkeitsarbeit, die Bürgerräte obligatorisch begleiten sollte, kommt in unserem Verfahren besondere Bedeutung zu, da die Abstimmenden in den Referenden über die Empfehlungen selbst und den Prozess des Bürgerrats gut informiert sein sollten.

Besondere Anforderungen an das Verfahrensdesign

Die Formalität der direkten Demokratie steht in einem Spannungsfeld zur wünschenswerten Offenheit von Bür-



gerräten. Diese sollen prinzipiell frei diskutieren und Empfehlungen formulieren können. Allerdings eignen sich viele hypothetische Ergebnisse eines Bürgerrats in Hinblick auf das anschließende Ratsreferendum nicht. Merkmale, die Empfehlungen aufweisen müssen, um abstimmbar zu sein:

- Sie müssen in der Kompetenz der Kommune liegen.
- Sie müssen aus juristischer Sicht für Bürgerentscheide zugelassen sein. Je nach Bundesland existieren unterschiedlich umfangreiche Thementauschlusskataloge.
- Sie müssen konkret, eindeutig formuliert und auf nur einen Sachverhalt bezogen sein, da für Bürgerentscheide das Kopplungsverbot gilt und die Abstimmungsfrage mit Ja oder Nein beantwortbar sein muss.
- Sie sollten in ihrer Anzahl begrenzt sein. Zwar ist es theoretisch nicht unmöglich, an einem Abstimmungstermin über eine große Zahl von Empfehlungen abstimmen zu lassen; in der Praxis gibt es dazu aber keine Erfahrung.
- Sie sollten wichtig und kontrovers genug sein, um eine Abstimmung zu rechtfertigen. Der finanzielle und personelle Aufwand eines Referendums ist hoch, selbst wenn es auf einen Wahltermin fällt. Bei vielen Bürgerräten werden umfangreiche Kataloge von kleinen Ideen generiert, die in der Summe eine Kommune positiv verändern können, jede für sich genommen aber kaum einen Bürgerentscheid erfordert.

Viele hypothetische Empfehlungen eines Bürgerrats, die inhaltlich sinnvoll sind, verletzen mindestens eines dieser Kriterien. Es ergeben sich mehrere mögliche Lösungsansätze, um diesem Problem zu begegnen:

Die Kombination von Bürgerräten und Ratsreferenden kann „von hinten“ initiiert werden. Zuerst wird die Fragestellung eines Referendums festgelegt (und in diesem Zuge juristisch geprüft). Anschließend wird ein vorbereitender Bürgerrat organisiert, der die Aufgabe hat, eine

Kommunen müssen finanziell und personell besser ausgestattet werden. Fehlen Politik und Verwaltung die Spielräume, können sie auch die Bürgerschaft nur an der eigenen Ohnmacht beteiligen.

Abstimmungsempfehlung auszusprechen oder Informationsmaterial für die Abstimmung aufzubereiten. Diese Variante eignet sich vor allem in Fällen, in denen eine große, umstrittene Frage entschieden werden soll.

Der Bürgerrat arbeitet frei zu einer offenen Fragestellung, ohne dass Art und Anzahl der Empfehlungen vorher festgelegt werden. Dann kann und muss ein Vorgehen gefun- ►

Foto: Björn Obmann





den werden, nach Ende des Bürgerrats zu prüfen und festzulegen, welche Empfehlungen im Bürgerentscheid zur Abstimmung gestellt werden können und sollen und welche „nur“ wie üblich an die Kommunalvertretung überreicht werden.

Diesen Fall haben wir in unserer Partnerkommune Osterburg. Wir gehen dort so vor, dass die Verwaltung vor der letzten Bürgerratssitzung die Zwischenergebnisse des Bürgerrats auf Abstimmbarkeit prüft und das Ergebnis der Prüfung dem Bürgerrat vorträgt. Der Bürgerrat formuliert auf dieser Basis eine Empfehlung dazu, welche seiner Empfehlungen im Bürgerentscheid zur Abstimmung gestellt werden sollen. Der Stadtrat wird dem voraussichtlich folgen und das Referendum initiieren. Die übrigen Empfehlungen des Bürgerrats werden wie sonst üblich von Stadtrat und Verwaltung entgegengenommen und verwendet.

Die Gewinnung von Partnerkommunen hat sich als schwieriger erwiesen, als von uns erwartet. Trotz der hohen Förderung haben mehrere Hundert kontaktierte Kommunen nicht teilnehmen wollen.

Der Bürgerrat arbeitet nicht zu einer offenen Fragestellung, sondern hat die Aufgabe, mehreren vorher von Politik und/oder Verwaltung definierte und auf Abstimmbarkeit geprüfte Vorschläge zu einer Problemstellung zu prüfen und eine auszuwählen. Das Ergebnis des Bürgerrats kann dann im Bürgerentscheid formal bestätigt werden.

Perspektivisch bestünde natürlich auch die Möglichkeit, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass die Kom-

bination leichter einzusetzen ist: Mehr Themen sollten für die Abstimmung in Bürgerentscheiden zugelassen sein, mindestens in dem spezifischen Fall, dass ein Bürgerrat zu diesen gearbeitet hat. Ein Multi-Themen-Referendum würde ermöglichen, am gleichen Termin, aber differenziert über viele, teils kleine, Vorschläge abzustimmen. So könnten die oft umfassenden Empfehlungskataloge von Bürgerräten direktdemokratisch bestätigt werden.

In unserer Partnerkommune Marzahn-Hellersdorf wird über die Empfehlungen des Bürgerrats in einer Einwohnerbefragung abgestimmt. Diese ist unverbindlich, vorstellbar wäre jedoch, eine verbindliche Variante gesetzlich zu ermöglichen.

Zwischenstand und -fazit

Die Bürgerräte in Osterburg und Marzahn-Nord werden in diesem Jahr abgeschlossen und wir planen gerade intensiv die Transferphase. Der Bürgerrat in Flensburg startet im April 2026, Pinneberg folgt im November. Erst am Tag der Landtagswahl im Herbst 2027 finden die beiden Ratsreferenden in Schleswig-Holstein statt. In Hinblick auf eine mögliche Skalierung der Kombination von Bürgerräten und Bürgerentscheiden lassen sich aber schon jetzt einige Erkenntnisse festhalten:

- Kommunen müssen finanziell und personell besser ausgestattet werden. Fehlen Politik und Verwaltung die Spielräume, können sie auch die Bürgerschaft nur an der eigenen Ohnmacht beteiligen. Bereits der Aufwand, an dem geförderten Projekt teilzunehmen, überforderte viele Kommunen.
- Der Ausschluss von vielen Themen für direktdemokratische Abstimmungen erschwert den Einsatz der Verfah-

renskombination erheblich. Das Engagement von Mehr Demokratie für die Verbesserung der direktdemokratischen Verfahren zählt sich auch hier aus.

- Die Hoffnung mancher, mit Hilfe der direkten Demokratie Bürgerräte verbindlicher machen zu können, muss, zumindest unter den aktuellen Rahmenbedingungen, eher gedämpft werden, da in der praktischen Umsetzung viele Hürden bestehen.

Angesichts der anhaltenden Vertrauenskrise der Demokratie erscheint die Erprobung und Weiterentwicklung der Kombination von Bürgerräten und Bürgerentscheiden trotz praktischer Hürden als wichtig und vielversprechend. Mit Klima trifft Kommune tragen wir dazu bei, konkrete Wege der Umsetzung zu entwickeln. /



Mehr Informationen finden Sie auf unserer Projektwebsite:
► www.klimatrifftkommune.de



Zum Leitfaden Kommunale Bürgerräte organisieren:
► www.mehr-demokratie.de/publikationen/leitfaden-kommunale-buergerraete-organisieren



Steffen Krenzer
ist Leiter des Bereichs Demokratie und Klima bei Mehr Demokratie und Projektleiter von Klima trifft Kommune.

Wichtiges aus dem Mitgliederservice

Mit einer Beitragserhöhung die Demokratie stärken!

Wir finanzieren unsere Arbeit vor allem aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden von Privatpersonen. So sichern wir unsere Unabhängigkeit. Mit den Beiträgen können wir fest rechnen, sie erleichtern die Planung und stärken unsere Basis. Danke an alle Mitglieder, die mit regelmäßigen Beiträgen helfen! Leider reichen die Beitragseinnahmen noch nicht aus, um alle Fixkosten zu decken. Daher rufen wir unsere Mitglieder von Zeit zu Zeit an, um nach einer freiwilligen Beitragserhöhung zu fragen. Teilweise übernimmt eine kleine Telefonagentur die Anrufe in unserem Namen. Falls Sie keinen Anruf wünschen oder wenn Sie schon jetzt entschieden sind, Ihren Beitrag zu erhöhen, melden Sie sich gerne bei uns. Jeder zusätzliche Euro ist eine große Hilfe!



Kontakt

Mitgliederservice | Ramona Pump | Tel. 07957 - 923 90 50
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Neue Bankverbindungen für Mehr Demokratie

Die Bank für Sozialwirtschaft (BfS) hat ihr System vor rund drei Jahren komplett umgestellt. Das hatte neue IBANs für Mehr Demokratie zur Folge. Mitgliedsbeiträge per Einzug landen automatisch auf dem richtigen Konto. Bei Überweisungen von Beiträgen oder Spenden gilt: Die lange Übergangsfrist läuft zum Jahresende aus. Danach kommen Zahlungen mit der alten IBAN nicht mehr bei Mehr Demokratie an. Wir bitten Sie, alte IBANs im Online-Banking zu löschen.

Die aktuellen Angaben für Spenden:
IBAN DE04 3702 0500 0008 8581 00
BIC: BFSWDE33XXX

Die aktuellen Angaben für Beiträge:
IBAN DE63 3702 0500 0008 8581 05
BIC: BFSWDE33XXX

Ihre Spendenquittung für 2025

Danke an alle, die uns im Jahr 2025 mit Beiträgen und Spenden unterstützt haben! Wie gewohnt erhalten Sie Ihre Spendenquittung Anfang Februar 2026. Bitte beachten Sie: Um Papier und Kosten zu sparen, senden wir Ihnen die Spendenquittung auch diesmal digital per E-Mail. Sie möchten lieber eine gedruckte Quittung? Wenn Sie uns das in der Vergangenheit bereits mitgeteilt haben, brauchen Sie nichts weiter zu tun! Wenn Sie 2026 erstmals den Versand per Post wünschen, teilen Sie uns das bitte mit.



Demokratie erlebbar machen: Team Süd richtet den Blick mit neuem Ansatz auf Kommunen in Süddeutschland

Demokratie lebt von Begegnung und Mitgestaltung vor Ort. Das neue Team Süd von Mehr Demokratie bündelt Kräfte in Baden-Württemberg und Bayern, um kommunale Beteiligung zu stärken, Dialog zu fördern und politische Teilhabe neu erlebbar zu machen.

von Gabriel Baunach

Immer wieder hören wir, dass die Zeiten stürmischer werden. Und die Möglichkeitsfenster für den Ausbau und die Weiterentwicklung der direkten Demokratie enger. Das zeigen auch die Ergebnisse des Runden Tisches in Bayern, wo es eher um die Verteidigung von Bürgerbeteiligungsrechten ging, als diese beträchtlich zu stärken.

In solchen Zeiten gilt es, sich zu hinterfragen, Neues zu wagen und mit flexiblen Gestaltungsprozessen zu experimentieren – vor allem dort, wo Demokratie erfahrbar wird: bei den Menschen vor Ort, in den Städten und Kommunen. Es gilt, in Zeiten aufflammender Kriege, Konflikte und Klimakatastrophen eine demokratische Kultur der Kooperation und Kollaboration zu fördern – insbesondere auf kommunaler Ebene. Das Ziel: eine friedlichere, bewusstere, vielleicht sogar weisere Politik.

Und welche Bundesländer würden sich als Experimentierwiese für solche demokratischen Gestaltungsprozesse besser eignen als Baden-Württemberg – Vorreiter für Bürgerbeteiligung und Dialogformate – und Bayern – Experte der direkten Demokratie und Bürgerentscheide in Deutschland.

Verstärkung in Süddeutschland

Vor diesem Hintergrund fiel Anfang 2025 die Entscheidung, die hauptamtlich Mitarbeitenden der Landesverbände Baden-Württemberg und Bayern in einer neuen, länderübergreifenden Süddeutschlandstruktur mit dem Namen Team Süd zusammenzulegen. Unter der Leitung von Susanne Socher, verantwortlich für den Bereich Beratung & kommunale Demokratie, stellte Mehr Demokratie im April, Mai und Juni fünf neue Kräfte ein, die alle demokratischen Belange in Süddeutschland seitdem zusammendenken – ohne Parallelstrukturen. Auch erste gemeinsame Sitzungen der ehrenamtlichen Landesvorstände Bayern und Baden-Württem-

berg fanden statt, um sich auszutauschen und mögliche Synergien auszuloten.

Den Namen **Jan-Philipp van Olfen** haben einige Mitglieder in Süddeutschland wahrscheinlich schon gehört oder gelesen, denn er ist für die Organisation der Landesmitgliederversammlungen und Landesvorstandssitzungen zuständig. Zudem pflegt er die Webseiten



Wir leben in krisenhaften Zeiten, die für mich vor allem von der Klimakrise und wachsender Ungleichheit geprägt sind. Ich glaube, dass wir diese Krisen nur mit demokratischen Mitteln lösen können und setze mich vor dem Hintergrund des immer stärker werdenden Einflusses von Überreichen und autokratischer Rechter für eine faire Beteiligung aller Menschen ein.

Jan-Philipp van Olfen

und Newsletter beider Bundesländer, überblickt die politische Arbeit und Pressearbeit in Baden-Württemberg und geht ans Telefon, wenn sich Menschen aus Baden-Württemberg oder Bayern Beratung zu Bürgerbegehren oder andere demokratiepolitische Anliegen wünschen.

Im Arbeitsalltag koordiniert sich Jan-Philipp eng mit **Vera Köhler**, die vom Büro in Stuttgart aus ebenfalls bei der Bürgerbegehrensberatung in Baden-Württemberg unterstützt und in engem Austausch mit dem dortigen Lan- ►

Gerade jetzt möchte ich Menschen befähigen, die demokratischen Instrumente für die Mitgestaltung ihrer Kommune zu nutzen und ein gutes Miteinander zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik zu fördern, damit Lösungen gemeinsam entstehen.

Vera Köhler



desvorstand ist. Zum neuen Jahr richten sich in Stuttgart natürlich alle Augen auf die Landtagswahl am 8. März 2026.

Zeitgleich findet im Nachbarland Bayern die Kommunalwahl statt, was insbesondere **Gabriel Baunach** auf dem Schirm hat. Denn er ist vom Münchner Büro aus für die politische Arbeit und Pressearbeit in Bayern zuständig. Er verfolgt den Gesetzgebungsprozess, derzeit vor allem mit Augenmerk auf die Ergebnisse des Runden Tisches und den Entwurf zum Vierten Modernisierungsgesetz.

Wenn die Zeiten buchstäblich hitziger werden und Verteilungskonflikte zunehmen, wird befriedende Demokratietarbeit wichtiger denn je – insbesondere in Kommunen, wo Menschen die Demokratie erleben. Daran möchte ich in Süddeutschland mitwirken.

Gabriel Baunach

Mit diesem Bündel an Gesetzesänderungen plant die Bayerische Staatsregierung unter anderem die Abschaffung zahlreicher Berichtspflichten. Zum Beispiel sollen Gleichstellungsbericht, Klimaschutzbericht und Lobbyregisterbericht in Zukunft entfallen. Besonders kritisch ist die geplante Streichung des Berichts zur Lage der Natur (Art. 3a BayNatSchG), da diese Berichtspflicht explizit beim erfolgreichen Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“ im Jahr 2019 von einer großen Mehrheit der bayerischen Bevölkerung gefordert worden war.



Ebenfalls im Münchner Büro sitzt **Kristina Henry**. Ihre Aufgabe ist es, das hauseigene und sehr beliebte Dialogformat Sprechen & Zuhören in Bayern zu verbreiten. Sie vernetzt sich mit Kooperationspartnern, plant Fortbildungen und moderiert selbst auf zahlreichen Veranstaltungen. Inzwischen gibt es sogar eine Deutschland-Karte, auf der (fast) alle Sprechen & Zuhören-Events als Fähnchen eingetragen sind. Dass auch in Bayern immer mehr dazukommen, ist maßgeblich Kristina zu verdanken.



Das wundervoll niedrigschwellige Dialogformat Sprechen & Zuhören lässt die Menschen ein verbindendes Miteinander erleben. „So geht Demokratie!“, hören wir regelmäßig von Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Weiter so!

Kristina Henry

Dieselbe Aufgabe hat **Yasmina Steck** in Baden-Württemberg. Auch sie ist dort viel unterwegs – zum Netzwerken, Moderieren und Fortbilden neuer Sprechen & Zuhören-Moderatorinnen und -Moderatoren. Diese können dann in die Sprechen & Zuhören-Community eintreten, wo reger Austausch und gemeinsames Weiterentwickeln stattfindet. Yasmina hat sogar ein monatliches Sprechen & Zuhören-Online-Format eingeführt. Immer am zweiten Mittwochabend im Monat treffen sich junge Menschen (U30) via Zoom, um sich in einem sicheren Raum mit den eigenen Erfahrungen, Gedanken und Gefühlen zu aktuellen politischen Themen wie Klima, Krieg oder Wehrpflicht zu zeigen.

Demokratiearbeit bedeutet für mich, dass wir nicht nur Strukturen erneuern und unsere Demokratie updaten, sondern Räume öffnen, in denen sich Menschen aus verschiedenen Blasen – Politik, Bürgerinnen und Bürger sowie Medienlandschaft – zu polarisierenden politischen Themen begegnen und andere Perspektiven kennenlernen. Das Dialogformat Sprechen & Zuhören ist dafür ein Mittel, das ich in Süddeutschland und bundesweit weitertragen möchte.

Yasmina Steck



Als Leiterin des Teams kümmert sich **Susanne Socher** um die Einbettung des Teams in den Gesamtkosmos von Mehr Demokratie, stellt die Finanzierung sicher, bereitet Vorträge oder schwierige Beratungsfälle vor und gibt mit ihrem

Führungsrahmen eine sanfte Richtung vor. In Zeiten, in denen sich immer mehr Menschen unsicher, überfordert und ohnmächtig fühlen, das Vertrauen in die Demokratie verlieren und sich in zuspitzenden Konfliktlinien wiederfinden, nimmt sich das Team Süd vor, Demokratie auf lokaler Ebene erlebbar zu machen.

Mehr noch: Demokratische Erfahrungsräume sollen (wieder) zu einer kommunalen Pflichtaufgabe werden.

Pläne für die Zukunft

Für das neue Jahr 2026 nimmt sich das sechsköpfige Team daher vor, sowohl Kommunen als auch Bürgerinitiativen ein Instrument-Portfolio anzubieten, mit dem sich Konflikte frühzeitig vermeiden, entschärfen oder lösen lassen.

Team Süd plant, die Bürgerbegehrensberatung prozesshafter zu denken und umzusetzen, mit viel Feingefühl für die Situation und

eventuell tieferliegende Probleme, Anliegen,

Sorgen oder Wünsche vor Ort.

Dank der interdisziplinären Ausrichtung des Teams stehen dabei direktdemokratische Instrumente wie klassische Bürgerbegehren, Bürgerräte, Dialogformate wie moderierte Runde Tische, informelle Treffen, Einwohnerversammlungen oder ganz neue Formate wie Sprechen & Zuhören zur Wahl.

Demokratie lebt nicht nur von Wahlen, sondern von Erlebnissen der Teilhabe. Wenn Menschen durch direkte Demokratie und echten Dialog mitgestalten können und spüren, dass ihre Stimme zählt, wird Demokratie nicht nur verteidigt – sie wird erneuert.

Susanne Socher

Erste Signale sind vielversprechend: Es gibt erste Kontakte und Gespräche, eine Offenheit, ja fast ein Warten auf diesen Ansatz ist wahrnehmbar. Ganz sicher ist es Zeit, wieder mehr miteinander ins Gespräch zu gehen und das Erleben demokratischer Wirksamkeit zu stärken. Das hilft der Demokratie auf allen Ebenen. /

Unsere ausführliche Stellungnahme zum Vierten Modernisierungsgesetz finden Sie unter dem folgenden Link auf unserer Bayern-Website:



► bayern.mehr-demokratie.de/einzelansicht-der-nachricht/stellungnahme-von-mehr-demokratie-ev-zum-entwurf-fuer-das-4-modernisierungsgesetz-und-die-darin-geplante-streichung-des-lobbyregisterberichts-art-7-baylobbyrg



Gabriel Baunach

ist im Team Süd hauptsächlich für die politische Arbeit und Pressearbeit in Bayern zuständig. Darüber hinaus engagiert er sich für den Klimaschutz.

Angriff auf die Zivilgesellschaft: Wie das Anti-NGO-Narrativ die Demokratie ins Visier nimmt



Zivilgesellschaftliche Organisationen geraten zunehmend unter Druck. Rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure, aber auch Teile der konservativen Mitte verbreiten gezielt falsche Erzählungen. Warum diese Angriffe uns alle betreffen – und wie sich die Zivilgesellschaft behaupten kann.

von Rico Stehfest

Mitte November hat die AfD einen Antrag in den Bundestag eingebracht, „mit dem sie einen sofortigen Förderstopp aller staatlichen Fördermittel für die Amadeu Antonio Stiftung erreichen will“. Die Stiftung selbst informierte darüber auf LinkedIn. Weiter heißt es in dem Post: „Dieser Antrag trifft uns als zentrales Feindbild und Projektionsfläche Rechtsextremer in Deutschland, stellvertretend für die gesamte Zivilgesellschaft. Es ist deshalb ein Angriff auf uns alle.“

Dass solche Angriffe durch Akteure aus dem rechten Spektrum auf die Zivilgesellschaft keine Einzelercheinungen mehr sind, ist spätestens seit Februar 2025 bekannt, als die CDU/CSU einen Katalog aus 551 Fragen in den Bundestag einbrachte. Damit wurde unmissverständlich klar, dass das Kreuzfeuer, in dem sich die Zivilgesellschaft seitdem befindet, auch von Positionen und Vertretern der politischen Mitte ausgeht. Was wiederum zeigt, dass sich die Mitte zumindest in Teilen nach rechts bewegt hat.

Angriffe als Ablenkungsmanöver

Wie genau sehen diese Angriffe auf Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und andere Vertreter des zivilgesellschaftlichen Sektors aus? Für eine grundlegende Analyse haben Dr. Siri Hummel vom Maecenata Institut und Dr. Peter Schubert von ZiviZ im Stifterverband im September ein übersichtliches Factsheet veröffentlicht. Die darin identifizierten Kritikpunkte an den Organisationen widerlegen sie zwar mühelos, doch die Frage lautet: Warum gibt es diese Vorwürfe überhaupt? Warum greifen Verleumdungen und Diffamierungen der Zivilgesellschaft?

Zunächst: Für eine konstruktiv-kritische Sichtweise auf NGOs braucht es Informationen und die Fähigkeit zur Einordnung jener Informationen. Vor allem im Zeitalter verknappter und blitzschnell verfügbarer „Informationen“ – etwa auf Social Media oder anderswo im Internet – scheint wohl vielen dieser Aufwand nicht wert. Gleichzeitig führt ein Übermaß an Informationen zu Verunsicherung, vor allem in Zeiten multipler Krisen.

Dass einem die Dinge über den Kopf wachsen, ist verständlich. Genau das aber nutzen destruktive Akteure für sich aus, auch indem sie mit dem Konzept der Schuldzuweisung arbeiten. Wie beim Prinzip der einfachen Antworten auf komplexe Fragen soll hier der Eindruck entstehen, sie würden die Bevölkerung verstehen und entlasten. Dabei werden so lediglich Verantwortlichkeiten verschoben und die eigentlichen Probleme totgeschwiegen.

Dass das funktioniert, wundert Stephanie Handtmann nicht. Sie ist Geschäftsführende Vorständin der Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung und meint: „Die Menschen werden von der Politik nicht gut mitgenommen. Ihnen wird nicht gesagt, dass – auch einschneidende – Veränderungen nötig sind, wenn wir gut zusammenleben wollen.“

Durch Diffamierungen zur Machtkonzentration

Um das Kritikfeld zu verstehen, lohnt es sich, einen Schritt zurückzutreten und den Fokus zu erweitern. NGOs beziehungsweise Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft sind diejenigen, gegen die sich die Angriffe aktuell richten. Das tatsächliche Ziel sind sie aber nicht. Denn die einfache Widerlegung aller Vorwürfe zeigt, dass hier nicht faktenbasiert kritisiert wird. Wenn etwa Antworten auf sehr viele der 551 Fragen einfach zu recherchieren sind, wird deutlich, dass keine echte Auseinandersetzung mit den Strukturen der Zivilgesellschaft stattfindet.

Vielmehr liegt dahinter unmissverständlich die Absicht einer Destabilisierung der Demokratie. Das zeigt sich etwa auch darin, dass bei dieser Diskussion oft der Begriff des „autoritären Playbooks“ verwendet wird, eine mehr oder minder klare, aber vor allem vergleichbare Strategie, die Akteure des rechten Spektrums in verschiedenen europäischen Ländern verfolgen. Konkrete Zahlen dazu liefert der aktuelle Atlas der Zivilgesellschaft, der jährlich von Brot für die Welt herausgegeben wird und 2025 den Titel „Freiheitsrechte unter Druck – Angriffe auf den Rechtsstaat“ trägt.

Zum Prinzip des autoritären Playbooks schreibt Lobbycontrol in der Studie „Zivilgesellschaft unter Druck“: „Zum autoritären Playbook gehört es, Regierungskritiker*innen zu schwächen und Beteiligungsrechte einzuschränken – mit dem Ziel, staatliche Macht zu sichern und kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.“ In dieser Studie, die von Dr. Christina Deckwirth und Nina Katzemich stammt, heißt es auch, zivilgesellschaftliche Akteure stünden trotz ihrer „hohen Bedeutung für die Demokratie“ unter Druck. Dabei räumt Nina Katzemich, seit mehr als 15 Jahren für Lobbycontrol tätig und dort für EU-Lobbying zuständig, durchaus ein, dass man auch sagen könnte: Gerade wegen ihrer Bedeutung für die Demokratie sind NGOs unter Druck geraten, „wegen ihres Engagements für Dinge, die manchen nicht zusagen. Es gibt Politiker, konservative Medien und auch Konzerne, denen missfällt, was auch mit Hilfe von NGOs in den letzten Jahren erreicht wurde.“ Für sie ist klar: Indem NGOs infrage gestellt werden, wird das infrage gestellt, was sie erreichen wollen. Stephanie Handtmann fasst die Angriffe als die „vier D“ zusammen: Diffamieren, Delegitimieren, Diskreditieren, Defunden.

Nichtregierungsorganisationen existieren grundsätzlich als demokratisches Gegengewicht zu deutlich stärkeren Interessensgruppen. Sie vertreten unzureichend repräsentierte Interessen und sind deshalb wichtig für möglichst ausgewogene gesellschaftliche Diskurse. Ihre tatsächlichen Einflussmöglichkeiten allerdings sind – rechtlich und resourcentechnisch bedingt – deutlich geringer als die großer Konzerne. Die wiederum versuchen, NGOs ebenfalls immer ►

wieder mit sogenannten SLAPP-Klagen von genau jenen Diskursen auszuschließen. „Ich glaube, vielen Leuten ist gar nicht klar, dass es hier ein demokratisches Gegengewicht braucht. Viele wissen gar nicht, was da wirklich abläuft“, gibt Katzemich zu bedenken.

Gemeinnützigkeit als Druckmittel

Immer wieder zielen die Angriffe auf NGOs auf den wichtigen Status der Gemeinnützigkeit ab. Mit diesem Status verbunden sind steuerliche Entlastungen für die Organisationen wie auch die Möglichkeiten, Fördermittel zu beantragen. Das will niemand aufs Spiel setzen. Wer diesen Status erhält und was es dafür braucht, ist rechtlich klar geregelt.

Immer wieder werden NGOs in diesem Zusammenhang mit der Forderung nach (parteilicher) Neutralität konfrontiert, eine Forderung, die den Gesetzen aber widerspricht. Trotz der klaren Regelung führt das zu Verunsiche-

rungen, denn das Gemeinnützigkeitsrecht ist komplex und ein Verlust dieses Status könnte den finanziellen Ruin bedeuten.

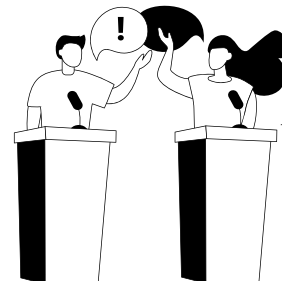
Durch Aufklärung und Vernetzung zu neuer Stärke

Hier Aufklärung und Unterstützung anzubieten, das schafft aktuell die Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung, etwa mit einer Vielzahl an Webinaren. Denn politische Äußerungen sind der Zivilgesellschaft grund-

sätzlich erlaubt, müssen allerdings den jeweiligen Satzungszwecken entsprechen. „Wir haben als NGOs hier sehr viel in der Hand, um den Angriffen entgegenzuwirken“, betont Handtmann. Selbstzensur oder in der Defensive zu verharren, davon hält sie schlichtweg nichts.

Entscheidend ist also, dass die Zivilgesellschaft sich nicht in die Opferrolle fügt. Nina Katzemich lobt hier, dass sie immer mehr Solidarisierung und Vernetzung der NGOs wahrnimmt. Sie glaubt nicht daran, dass sich der Großteil der Gesellschaft von falschen Erzählungen einfangen lässt. Trotzdem sieht sie die Notwendigkeit, stärker miteinander ins Gespräch zu kommen, in einen Austausch zwischen NGOs und dem Rest der Bevölkerung. Die besseren Argumente haben die Organisationen ihrer Meinung nach ohnehin. Nur ist momentan fraglich, ob sich damit der Diskurs nachhaltig korrigieren lässt, wenn aktuell vor allem diejenigen Gehör finden, die am lautesten schreien.

„Mit Beharrlichkeit und Geduld kriegen wir wieder ein realistisches Bild hin“, ist Katzemich überzeugt. Miteinander sprechen war schon immer besser als übereinander. Auch Stephanie Handtmann wünscht sich einen klareren Blick: „Es täte allen gut, vor allen Dingen Akteuren der Mitte, einen Schritt zurückzutreten und draufzuschauen: Was richten wir in unserer Zivilgesellschaft an? Ich denke, dass NGOs stärker als bisher ihre Rolle in der Zivilgesellschaft thematisieren sollten. Das, was lange Jahre selbstverständlich war und jetzt offensichtlich nicht mehr selbstverständlich ist, dass sie diese konstituierende Funktion innerhalb einer funktionierenden Gesellschaft innehaben.“ /



Das Anti-NGO-Narrativ: Fünf Vorwürfe an die Zivilgesellschaft.

Zivilgesellschaftliche Organisationen ...

1. würden linke Politik betreiben
2. hätten zu viel Einfluss auf Politik und Medien
3. würden verdeckt Profitinteressen folgen und seien von übermäßig hoher staatlicher Förderung abhängig
4. würden als intransparent gelten
5. betrieben Zensur und Einschränkung der Meinungsfreiheit

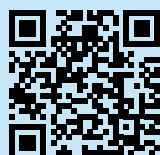


Zum vollständigen Factsheet:

► www.ziviz.de/publikationen/anti-ngo-narrativ

Zur Studie von Lobbycontrol:

► www.lobbycontrol.de/aus-der-lobbywelt/neue-studie-wer-steckt-hinter-den-kampagnen-gegen-die-zivilgesellschaft-122514



Zu den Veröffentlichungen der Allianz Rechtssicherheit für politische Willensbildung:

► www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de



Rico Stehfest

lebt als freier Journalist und Redakteur in Dresden. Neben zivilgesellschaftlichen Themen ist er vor allem im Bereich Tanz, Ballett und Performance unterwegs.



Zwischen Theorie und Praxis: Nachruf auf Dr. Tilman Evers

Tilman Evers promovierte in Rechtswissenschaft und habilitierte sich für Politikwissenschaft und Soziologie.

Als Studienleiter an der Evangelischen Akademie Hofgeismar lud er 1987 zu einer Tagung zum Thema Direkte Demokratie in der Weimarer Republik. Damals dienten die angeblich negativen Erfahrungen aus jener Zeit noch zur Begründung der Totalablehnung direkter Demokratie in Deutschland; Evers wollte sie einer genaueren und unvoreingenommenen Betrachtung unterziehen.

1990 organisierte Evers zwei Fachgespräche über Direkte Demokratie im wiedervereinigten Deutschland. Daraus entstand eine Broschüre „Direkte Demokratie in Deutschland. Handreichungen zur Verfassungsdiskussion in Bund und Ländern. Mit Entwürfen zur Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene“. Dieser „Hofgeismarer Entwurf“ hatte Einfluss auf die wissenschaftliche und politische Diskussion der Zeit. Für den Arbeitskreis Bundesweiter Gesetzentwurf von Mehr Demokratie wurde die „schlüssige Begründung und Dokumentation“ des „Hofgeismarer Entwurfs“ zu „einer wichtigen Arbeitshilfe“.

In den nächsten Jahren wurde Evers bei den Verfassungsberatungen in Niedersachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt beim Thema Einführung der direkten Demokratie als Experte geschätzt.

Höhepunkt war die Anhörung der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat zum

Thema Bürgerbeteiligung und Plebiszite 1992. Evers trat als Sachverständiger für die SPD auf und machte seine Sache sehr gut. Dass er mit seinen Empfehlungen im Ergebnis nicht durchdrang, lag wahrlich nicht an ihm, sondern zeigte die Grenzen wissenschaftlicher Beratung angesichts eines Politikbetriebs, der nach anderen Kriterien entscheidet.

Nach drei Jahren angestregten verfassungspolitischen Engagements verspürte Evers eine gewisse Erschöpfung, blieb aber der Sache der Direkten Demokratie aktiv verbunden. 1997 gehörte er zu den Urmitgliedern des Kuratoriums für Mehr Demokratie. 1999 steuerte er für den Band „Mehr direkte Demokratie wagen“ den einleitenden theoriegeschichtlichen Text „Volksouveränität und parlamentarisches System“ bei. Doch seit 1995 war Evers mit wachsendem Engagement in einem nächsten Thema: dem Aufbau eines zivilen Friedensdienstes in Deutschland.

Tilman Evers hat sich über fast ein Jahrzehnt publizistisch, als Studienleiter der Evangelischen Akademie Hofgeismar sowie als Sachverständiger bei Anhörungen erhebliche Verdienste um die Sache der direkten Demokratie in Deutschland erworben hatte. Er vereinte in dieser Zeit eine souveräne Theoriebeherrschung und praktisches Talent für Publikation, Verbreitung und Vermittlung positiver Beiträge zur direkten Demokratie.

Nun starb er nach schwerer Krankheit.

von PD Dr. Otmar Jung, FU Berlin



Wie zivilgesellschaftliche Erinnerungskultur die Demokratie in Argentinien stärkt

In Argentinien hält die Zivilgesellschaft mit unermüdlichem Engagement die Erinnerung an die Opfer der Militärdiktatur wach. Doch dieses Engagement steht zunehmend unter Druck. Der Kampf um Wahrheit, Gerechtigkeit und Erinnerung ist unter Milei mehr denn je auch ein Kampf um demokratische Werte.

von Lena Skrotzki

La memoria no es pasado, es presente y futuro. Erinnerung ist nicht die Vergangenheit, sie ist die Gegenwart und die Zukunft. In Argentinien steckt dieser Satz voll geschichtlicher Bedeutung.

Mehr als vierzig Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur (1976-1983) ist Argentinien noch immer mit der Aufarbeitung beschäftigt. Dreißigtausend Menschen wurden damals verschleppt, gefoltert und ermordet – viele von ihnen sind bis heute verschwunden.

Mit dem „Proceso a las Juntas“ im Jahr 1985 war Argentinien eines der ersten Länder weltweit, das seine eigene Militärführung vor einem zivilen Gericht zur Rechenschaft zog. In dem historischen Verfahren wurden führende Mitglieder der Diktatur wegen Menschenrechtsverbrechen verurteilt. Ein starkes Signal für die Unabhängigkeit der Justiz in der jungen Demokratie Argentiniens.

Politischer Kampf um die Wahrheit

Der zivilgesellschaftliche Zusammenschluss der *Madres*, *Abuelas* und *Familiares de Plaza de Mayo*, also den pro-

testierenden Müttern, Großmüttern und Familien der Verschwundenen haben sich aus Solidarität immer mehr Menschen angeschlossen. Auch weitere Initiativen setzen sich bis heute mit ihnen gemeinsam unermüdlich dafür ein, das Schicksal der Betroffenen ans Licht zu bringen und die Schuldigen zu verurteilen – und damit die Grundlagen der Demokratie zu stärken: Wahrheit und Transparenz, Gerechtigkeit und kollektives Erinnern.

Ihre Arbeit steht heute aber vor großen Herausforderungen. Die aktuelle rechte Bündnis-Regierung unter Javier Milei, die im Oktober erst Rückendeckung durch die Parlamentswahlen erhalten hat, schließt Orte der Erinnerung und erschwert zivilgesellschaftlichen Organisationen den Zugang zu Fördermitteln und öffentlichen Archiven.

Direkt nach Amtsantritt Ende 2023 hatte Milei Gelder für Erinnerungs- und Menschenrechtsarbeit gestrichen. Er und weitere Mitglieder der Regierung relativieren oder leugnen sogar offen das Ausmaß der Verbrechen der Militärdiktatur. Mileis vermeintlich liberale Ideologie verliert spätestens ►

hier an Glaubwürdigkeit, wo er basierend auf politischem Machtkampf systematisch begangene Menschenrechtsverletzungen verklärt. Damit ist nicht nur die historische Aufarbeitung, sondern auch die demokratische Zukunft des Landes in Gefahr.

Zivilgesellschaftlich organisierte Erinnerungsarbeit wird also aktuell immer schwieriger, aber auch entsprechend wichtiger. Natalia Brite ist Kommunikationsexpertin und Spezialistin für Erinnerung, Widerstand und Menschenrechte in Mendoza, der viertgrößten Stadt Argentiniens. Ich habe mit ihr über ihre Arbeit im Raum für Erinnerung gesprochen, und was die zivilgesellschaftliche Aufarbeitung für die Demokratie des gegenwärtigen und zukünftigen Argentiniens bedeutet.

Wie hilft eure Arbeit dabei, die Ereignisse der Diktatur im kollektiven Gedächtnis zu bewahren und dadurch die heutige Demokratie in Argentinien zu stärken?

Natalia Brite: Seit der Rückkehr zur Demokratie im Dezember 1983 musste sich jede politische Partei, die am demokratischen Prozess teilnehmen wollte und eine Regierung angestrebt hat, definieren und zur vorherigen zivil-militärischen Diktatur Stellung beziehen. Die Entstehung der Menschenrechtsbewegung und alle Ideen, die von den Menschenrechtsorganisationen entwickelt und vertreten wurden, waren von diesem Moment an und bis

heute so etwas wie ein Maßstab für die Qualität der Demokratie.

Alle Aktionen, Interventionen und Bedeutungskonstruktionen der Menschenrechtsbewegung und somit die von ihnen organisierten Gedenkstätten, stellen eine Form der Auseinandersetzung und einen dauerhaften Beitrag zum Aufbau, zur Aufrechterhaltung und zur Stärkung demokratischer Werte dar. Sie sind eine Möglichkeit, eine direkte, konkrete Aktion an den jeweiligen Orten mit der Gemeinschaft und für die Gemeinschaft zu schaffen, wo täglich über die gegenwärtige Demokratie diskutiert wird, während man die diktatorische Vergangenheit reflektiert.

Welche Rolle spielt die Erinnerung an die Verschwundenen in der argentinischen Gesellschaft heute, insbesondere für jüngere Generationen, die die Diktatur nicht selbst erlebt haben?

Natalia Brite: Unser Ort der Erinnerung empfängt jedes Jahr Tausende von Jugendlichen. Jedes Mal, wenn diese Gruppen an einer Führung durch den Raum für Erinnerung teilnehmen, auf Mitglieder der Organisationen treffen und auf Zeitzeugen, denn wir haben noch lebende Zeitzeugen, sprechen wir über die Spuren der Vergangenheit. Jedes Mal, wenn wir das repressive System beschreiben, wie es im Land und in unserer Provinz funktioniert hat, geben wir den Menschen Werkzeuge an die Hand, um die Ge-





Alle Aktionen [...] der Menschenrechtsbewegung [...] stellen eine Form der Auseinandersetzung und einen dauerhaften Beitrag zum Aufbau, zur Aufrechterhaltung und zur Stärkung demokratischer Werte dar.

Natalia Brite

genwart zu reflektieren. Auch wir, die wir zur Zeit der Diktatur nicht dabei waren, haben uns weitergebildet und arbeiten im Dienste der Erinnerung.

Wir sprechen über die Menschenrechte, die während der Diktatur massiv und systematisch verletzt wurden, und gleichzeitig aktivieren wir die Wahrnehmung und Wertschätzung der Menschenrechte in Bezug auf die Gegenwart.

Jedes Mal, wenn junge Menschen mit den Erlebnissen Gefangener in geheimen Haftanstalten konfrontiert werden, denken sie über institutionelle Gewalt nach. Und auch wenn wir über die Unterdrückung von Frauen in der Diktatur sprechen, regen wir Debatten über die Unterschiede und Besonderheiten der Anwendung von Gewalt gegen Frauen an, und denken über die heutige Geschlechterperspektive nach. All das führt dazu, dass wir ganzheitlich reflektieren, in welchen Demokratien wir leben. Das ist ein großer Beitrag der Menschenrechtsorganisationen im Allgemeinen und der Maßnahmen in den Gedenkstätten im Besonderen.

Welche Herausforderungen begegnen euch bei der Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit – sowohl juristisch als auch gesellschaftlich – und wie geht ihr damit um?

Natalia Brite: Juristisch geht es darum, eine Grundlage für Erinnerungspolitik zu schaffen beziehungsweise zu stärken, die unabhängig von politischen Schwankungen besteht und den

Staat klar verpflichtet, zu handeln. Dazu gehören auch Fragen neuer oder angepasster Gesetze, etwa zur Leugnung von Verbrechen und zu Hassrede, besonders für Personen mit öffentlicher Verantwortung.

Gesellschaftlich wird es zunehmend schwieriger, das Interesse an den historischen Verbrechen aufrechtzuerhalten, da der zeitliche Abstand wächst und Zeitzeuginnen und -zeugen sterben. Es braucht dauerhafte Strategien, um Erinnerungen und Wissen zu erhalten und weiterzugeben. Zeugnisse von Betroffenen und Menschenrechtsorganisationen sind zentral, dürfen aber langfristig nicht die einzige Wissensquelle bleiben. Daher müssen Dokumentation, Archivierung und Forschung ausgebaut werden.

Wie reagieren die Politik und Regierung in Argentinien aktuell auf Initiativen der Erinnerungskultur? Gibt es Widerstand oder Unterstützung?

Natalia Brite: Die Haltung der argentinischen Regierung gegenüber Initiativen der Erinnerungskultur hängt immer stark vom politischen Lager und den jeweiligen Regierungsprogrammen ab. Seit der Rückkehr zur Demokratie 1983 müssen politische Akteure sich zur jüngsten Vergangenheit positionieren – sei es zur Diktatur, zu Staatsterrorismus oder zur Einstufung als Völkermord. Eine neutrale Haltung gibt es nicht, jede Regierung nimmt automatisch eine Stellung ein. ▶



Fotos: Lena Skrotzki



Die „Nietes“ sind die Kinder von Menschen, die während der letzten argentinischen Militärdiktatur verschwanden.

Linke oder progressive Parteien, die soziale Gerechtigkeit, Ausweitung der Rechte und wirtschaftliche Souveränität fördern, unterstützen in der Regel Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit. Sie sehen die Aufarbeitung der Vergangenheit als Grundlage für ein gerechteres Argentinien. Konservative oder wirtschaftsliberal orientierte Parteien hingegen neigen eher zu Leugnung, Verharmlosung oder sogar Verherrlichung des Staatsterrorismus.

Wie kann Erinnerungskultur in Zukunft gestaltet werden, um nicht nur an die Opfer zu erinnern, sondern auch demokratische Werte und Menschenrechte langfristig zu schützen?

Natalia Brite: Die Kultur der Erinnerung in Argentinien war nie nur die Er-

innerung an die Opfer. In der Tat gab es oft Debatten darüber, die einzelnen Opfer zu nennen oder nicht zu nennen. Als Opfer werden Ermordete, Verschwundene oder Enteignete gesehen. Wir verstehen aber, dass das Opfer auch die Gemeinschaft war und die sozialen und solidarischen Verbindungen, die sie geschaffen hat. Nicht nur die Menschen, die sich für bessere politische Bedingungen eingesetzt haben, sondern ihre Netzwerke.

In diesem Zusammenhang orientieren wir uns an dem Konzept des Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Feind, der durch den Staatsterrorismus angegriffen wurde, war ein Teil der Gesellschaft, deren Gedanken und deren kollektive Teilhabe.

Wenn man diese Menschen physisch tötet, dann tötet man das System

von Werten. An die Opfer zu erinnern, bedeutet in Argentinien auch, deren Ideen zu erinnern und ihre Gemeinschaft, die zerstört werden sollte, zu bewahren und auszubauen. /

Das Interview wurde aus dem Spanischen übersetzt.



Lena Skrotzki

betreut bei Mehr Demokratie die Social-Media-Kanäle. In Argentinien hat sie erlebt, wie Bürgerbewegungen in Zeiten des staatlichen Demokratieabbaus Hoffnung schaffen.

100 Köpfe der Demokratie – Starke Stimmen für ein Leben in Freiheit

eine Rezension von Angela Sommersberg

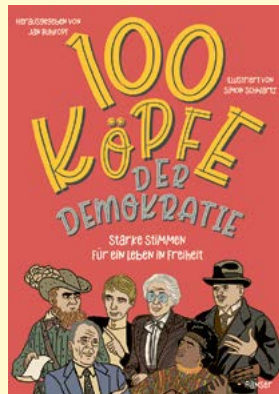
Dass Elisabeth Selbert eine große Demokratin war, ist wohl unumstritten. Schließlich war sie es, die nach dem Zweiten Weltkrieg im Parlamentarischen Rat durchsetzte, dass die Gleichstellung von Mann und Frau in die Grundrechte unserer Verfassung aufgenommen wurde. Auch Willy Brandt wird man diesen Titel zweifellos zusprechen – nicht nur, weil schon der Slogan seiner Kanzlerschaft lautete „Wir wollen mehr Demokratie wagen!“, sondern auch wegen seines Einsatzes für den Frieden.

Doch welche Menschen waren es noch, die unsere Demokratie in den vergangenen 250 Jahren geprägt haben? Dieser Frage widmet sich der Historiker Jan Ruhkopf für die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. Hier koordiniert er unter anderem das Projekt 100 Köpfe der Demokratie, das nun als Sachbuch im Hanser Verlag erschienen ist.

**Es gibt mehr als hundert Demokratinnen und Demokraten, gewiss. Diese hundert Köpfe in-
dessen führen uns die Vielfalt demokratischen
Engagements vor Augen, ohne dass wir den
Überblick verlieren.**

Im Buch, das sich an Jugendliche ab 14 Jahren richtet, stellt Ruhkopf 100 verschiedene Personen der Geschichte vor, die sich in ihrem Leben und Arbeiten in besonderer Weise für die Demokratie stark gemacht haben. Knappe Texte (je eine Buchseite pro Person) ermöglichen jungen Leserinnen und Lesern einen unkomplizierten Einstieg in das Thema. Neben bekannten Köpfen finden sich auch die Biografien weniger bekannter Personen in diesem Buch, etwa Theanolte Bähnisch, Toni Pfülf oder Arno Esch.

Wie kam es zu dieser wilden Mischung? In seiner Einleitung erklärt Ruhkopf: Was alle 100 Köpfe eine, sei, dass ihr Denken und Handeln auf ein Mehr an Freiheit und Gleichheit zielte. Er habe Menschen ausgewählt, die repräsentativ für



**100 Köpfe der Demokratie – Starke
Stimmen für ein Leben in Freiheit,
von Jan Ruhkopf und Simon Schwartz,
Hanser Verlag, 2025, ab 14 Jahren
ISBN: 9783446281240, 24 Euro**

größere Gruppen oder exemplarisch für ganz eigene historische Spielarten demokratischen Denkens und Handelns in Deutschland stünden.

Ruhkopf hat seine Kurzbiografien klar und prägnant, gleichzeitig locker und leicht formuliert. Selbst die ein oder andere Anekdote bringt er in der Kürze unter: So erfahren die jungen Leserinnen und Leser etwa, dass Willy Brandt gar nicht der Geburtsname des Politikers war, sondern dessen Deckname, als er während der Hitler-Diktatur in Norwegen im Widerstand war.

Da die Kurzbiografien in sich geschlossene Texte sind, können die jugendlichen Leserinnen und Leser zwischen den Kapiteln hin und herspringen und müssen sich

nicht an die vorgegebene Struktur des Buches halten. Zwar stellt Ruhkopf die 100 Demokratinnen und Demokraten in chronologischer Reihenfolge vor, beginnt jedoch in den ersten Jahren nach Wiedervereinigung der Bundesrepublik und arbeitet sich dann 250 Jahre rückwärts durch die Geschichte.

Ruhkopfs Fazit zum Ende der Einleitung: „Der Pfad der Demokratie verlief nie und verläuft nicht schnurstracks und eindeutig in eine Richtung, hinein in die Gegenwart und die Zukunft. Menschen nahmen andere Abzweigungen, verirrten sich, entdeckten Abkürzungen, kehrten um und fanden sich in Sackgassen wieder, hatten Erfolg oder scheiterten. Demokratie ist immer in Bewegung und niemals perfekt.“ Beruhigende Worte in Zeiten, in denen die antidemokratischen Stimmen von rechts und links weltweit und in Deutschland immer mächtiger werden. /



Angela Sommersberg

ist Journalistin aus Köln.

Sie rezensiert Kinder- und Jugendliteratur, berichtet für verschiedene Kindermedien und schreibt Ratgeber für Erwachsene. Sie hat Skandinavistik, Anglistik und Psychologie (Magister) studiert.

Demokratie kompakt

Stand: November 2025

von Marcus Meier

Wehrpflicht: Bürgerrat hilfreich

Soll es eine neue Wehrpflicht geben – und wenn ja: In welcher Form? Die Bevölkerung ist Umfragen zufolge nicht amüsiert über den Gedanken, künftige Soldatinnen und Soldaten per Los zu bestimmen. Auch unser erster Gedanke war das Los. Allerdings dachten wir an einen losbasierten Bürgerrat. Ein solcher wäre besonders hilfreich, um den gesellschaftlichen Konflikt um die Wehrpflicht aufzulösen. Denn die Regierung ist gespalten in Union und SPD, die Bevölkerung in Jung und Alt. Ein Bürgerrat könnte die Debatte versachlichen, Brücken zwischen den Generationen bauen und schließlich nachvollziehbare und für alle akzeptable Vorschläge erarbeiten.



Superreiche versus Demokratie



Er finanziert das umstrittene, oft als rechtspopulistisch eingeordnete Medienportal Nius. Und er spendet viel Geld an Parteien – mutmaßlich nicht, ohne entsprechendes Wohlwollen zu erwarten. Sein Name: Frank Gotthardt. Es müsse mehr Sensibilität gegenüber dem Einfluss Superreicher geben, die Hetzkampagnen finanzierten und politische Macht besäßen, sagte unlängst Christina Deckwirth, die Sprecherin des Vereins Lobbycontrol, dem Deutschlandfunk. Sie schlug unter anderem eine Parteispendendeckelung vor. Es gehe ihr dabei um den Schutz der Demokratie, so die Politikwissenschaftlerin. Aber wie wurde Frank Gotthardt reich? Er ist unter anderem Gründer und Verwaltungsratsvorsitzender der CompuGroup Medical, mit deren Hilfe vielleicht auch Ihr Hausarzt Ihre Rezeptbestellungen abwickelt. Bitte seien Sie jetzt nicht besorgt um Ihre Daten!

Foto: Nikita Buida



Bürgerentscheid mit Beigeschmack

In einem Bürgerentscheid stimmten die Münchnerinnen und Münchner Ende Oktober mehrheitlich dafür, dass Bayerns Landeshauptstadt sich um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele und Paralympics 2036, 2040 oder 2044 bewirbt. Die Abstimmungsbeteiligung lag bei 42 Prozent – neuer Münchener Rekord. Mehr Demokratie freute sich per Pressemitteilung über die hohe Beteiligung. Allerdings sehen wir Schwachstellen in der Umsetzung des Bürgerentscheids: Die Stadt München informierte die Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld ausschließlich mit Pro-Argumenten für eine Olympiabewerbung – kritische Stimmen oder Contra-Positionen fanden keine Erwähnung. Rechtlich war das völlig okay: Bei Ratsentscheiden sieht die bayerische Gemeindeordnung eine ausgewogene Darstellung von Pro- und Contra-Argumenten nicht vor. Wohl aber bei Bürgerentscheiden, die aus der Bevölkerung angestoßen werden.



AfD hegt Extremismus-Verdacht gegen Mehr Demokratie

Die AfD-Fraktion im Brandenburger Landtag will wissen, welche Nichtregierungsorganisationen durch die Landesregierung finanziell unterstützt werden. In einer Großen Parlamentarischen Anfrage stellt sie alleine sieben Fragen zu etwaigen extremistischen Bestrebungen dieser NGOs. Neben Initiativen gegen Rassismus und Antisemitismus, für Toleranz und Erinnerung an die Nazi-Gewaltherrschaft geriet auch Mehr Demokratie ins Visier der AfD. „Welche Stellen sind in die Prüfung, ob durch eine staatliche Zuwendung möglicherweise eine extremistische Bestrebung gefördert wird, eingebunden? Gibt es insoweit einen Austausch mit dem Verfassungsschutz des Landes Brandenburg?“, lauten zwei dieser Fragen. Die flaue Pointe: Im Gegensatz zum Anne-Frank-Zentrum oder Mehr Demokratie gilt die AfD auch im Land Brandenburg als gesichert extremistisch. Diese Einstufung erfolgte im August 2024 – durch den Brandenburgischen Verfassungsschutz.



Bäume ohne Volksentscheid

Und wieder einmal war ein Volksbegehren ohne Volksentscheid erfolgreich: In Berlin werden in den nächsten 15 Jahren Hunderttausende Bäume gepflanzt, was zu einer Verdoppelung der Stadtbäume führen würde. Das Abgeordnetenhaus, der Berliner Landtag, beschloss dazu Anfang November mit breiter Mehrheit ein Klimaanpassungsgesetz. Basis des Gesetzes war eine Vorlage der Bürgerinitiative „Baum-Entscheid“, die dazu ein Volksbegehren beantragt hatte. Die Regierungsfaktionen SPD und CDU verhandelten mit der Initiative einige Änderungen, dann wurde das Gesetz beschlossen. Dass ein Volksbegehren der Landespolitik erfolgreich einen Anstoß gibt, passiert nicht selten: Etwa jede fünfte Initiative wird schon im Vorfeld vom Parlament übernommen. In weiteren zehn Prozent kommt es in einer frühen Verfahrensphase zu einem Kompromiss beziehungsweise Teilerfolg.

Neues aus den Landesverbänden

Mit Terminen vor Ort.

Baden-Württemberg

Im Frühjahr startet unsere Veranstaltungsreihe zum Zustand der Demokratie, passend zum Landtagswahlkampf 2026. Wir wollen zeigen, wie Beteiligung im Land gestärkt werden kann.

Unsere Landesmitgliederversammlung am 15. November in Stuttgart bietet Raum für Austausch und Begegnung. Neben Gesprächen zur Landtagswahl und zur Weiterentwicklung der Demokratie in Baden-Württemberg steht ein Sprechen & Zuhören im Mittelpunkt.

Am 17. November geht es auf die Bühne der Landespressekonferenz: Unter dem Titel „Die Bürgermeisterabwahl – warum sie notwendig ist und wie sie funktionieren kann“ stellen wir einen Gesetzesvorschlag vor. Außerdem haben wir 20 Jahre Bürgerbegehrensreform in Baden-Württemberg bilanziert und zeigen in unserem neuen Bericht, warum es jetzt eine Weiterentwicklung braucht.

Bayern

Am 18. Oktober fand die Mitgliederversammlung des Bayerischen Landesverbands in München statt. Unter anderem wurde ein neuer Landesvorstand gewählt: Seitdem werden die wiedergewählten Landesvorstände Theresa Niederberger und Stefan Bauer von den drei neuen Köpfen Raymund Messmer, Juina Wessel und Karl Busl unterstützt. Ein Bericht inklusive Fotos ist auf der Landeswebseite zu finden.

Dort haben wir auch unsere Stellungnahme zum Vierten Modernisierungsgesetz veröffentlicht, das die Staatsregierung am 29. Oktober in die erste Lesung in den Bayerischen Landtag eingebracht hat. Sowohl die Grünen als auch die SPD-Fraktion griffen unsere Argumente gegen die vorgesehene Streichung des Lobbyregisterberichts auf und pochten auf Änderungen im Ausschuss. Da haben sich der Besuch der beiden Landesparteitage und zahlreiche Lobbygespräche gelohnt.

Berlin/Brandenburg

Der neugewählte Vorstand hat sich konstituiert und in seiner ersten Sitzung Marie Jünemann und Oliver Wiedmann erneut zu Sprecherin und Sprecher gewählt.

Ein Blick auf das kommende Jahr zeigt, dass im Landesverband viele Projekte anstehen: Die Zusammenarbeit mit der Brandenburger Zivilgesellschaft, die Abgeordnetenhauswahl in Berlin sowie die Diskussionen um das Tempelhofer Feld und die Ausgestaltung der direkten Demokratie sind nur einige Beispiele.

Aktuell liegt besonderes Augenmerk auf dem ersten landesweiten Bürgerrat in Brandenburg. Dieser wird im kommenden Jahr zum Thema „Zusammen stark – Bürgerschaftliches Engagement in den ländlichen Regionen Brandenburgs weiterentwickeln“ Empfehlungen erarbeiten. Für den Bürgerrat mit 51 Teilnehmenden stehen 100.000 Euro zur Verfügung. Eine

Brandenburger Besonderheit: Der Bürgerrat ist eng an den Petitionsausschuss angebunden.

Hamburg

Nach dem erfolgreichen hanseatischen Volksentscheid für beschleunigten Klimaschutz (53 Prozent pro) wirbt der Hamburger Landesverband für das Einsetzen eines Klima-Bürgerrats. Die hohe Abstimmungsbeteiligung (43 Prozent) spricht für die große Bedeutung, die das Thema für die Stadt hat. Es zeigt auch, dass Klimaschutz zweifellos eine gemeinschaftliche Aufgabe von Politik, Wirtschaft, und allen Bürgerinnen und Bürgern sein muss. Die zufällig gelosten Bürgerinnen und Bürger schließen „Klimaschützer“, Skeptiker und die „schweigende Mehrheit“ ein. Mit dem Bürgerrat kann deshalb erkennbar werden, was die Menschen in Hamburg wollen und wo die sinnvollen und zumutbaren Lösungsansätze für gesellschaftlich kritische Fragen etwa Wärme-, Energie- und Verkehrswende zu finden sind.

Hessen

Im Herbst haben wir wichtige Schritte für die Zulassungsphase unseres Volksbegehrens getan: Die Kampagnen-Website steht kurz vor dem Launch und wird zukünftig über Neuigkeiten und Mitmachmöglichkeiten informieren. Zudem ist unser vorläufiger Gesetzentwurf für mehr Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung fertiggestellt. Am 29. Oktober sind wir mit unseren Bündnispartnern in Frankfurt zusammengekommen, um den Entwurf zu diskutieren und zentrale Fragen zur Finanzierung und Organisation der Unterschriftensammlung zu klären. Aktuell führen wir Gespräche mit möglichen neuen Bündnispartnern.

Im Dezember steht ein weiteres Online-treffen mit den Bündnispartnern an. Dort wollen wir zusammen einen Blick auf den Zeitplan und die nächsten Schritte werfen sowie die Arbeit in den beiden AGs Briefing & Logistik sowie Öffentlichkeitsarbeit beginnen.

Besonders freuen wir uns auf unser Barcamp am 18. November in Frankfurt mit dem Thema Demokratische Innovationen.

Mecklenburg-Vorpommern

Am 15. November fand in Rostock die jährliche Mitgliederversammlung des Landesverbands statt. Dort wurde unter anderem ein neuer Landesvorstand gewählt. Außerdem besprachen wir unsere demokratiepolitischen Empfehlungen zur kommenden Landtagswahl und Aktionen für das kommende Jahr.

In Schwerin gab es ein erfolgreiches Bürgerbegehren gegen den Verkauf eines Spielplatzes. Damit wird 2026 der erste inhaltliche Bürgerentscheid in der Geschichte der Landeshauptstadt stattfinden. Die Auseinandersetzung um den Termin für den Bürgerentscheid haben wir öffentlichkeitswirksam begleitet.

NRW

Anlässlich der Kommunalwahl führt der Landesverband einen NRW-weiten Schulwettbewerb mit rund 50 Schulen durch. Im Januar findet in der Duisburger Mercatorhalle/Philharmonie die Abschlussveranstaltung des Großprojekts mit rund 800 Gästen sowie buntem Rahmenprogramm statt.

Weiterhin hat am 8. November die jährliche Landesmitgliederversammlung in Köln stattgefunden. Unter anderem ging es um den Zusammenhang von (Lokal-)Journalismus und Demokratie. Gemeinsam mit den Teil-

nehmenden wurde auch ein Demokratie-Fitness-Training durchgeführt.

Schließlich ist der Landesverband wieder Mitorganisator des OKNRW-Demokratie-Barcamps am 22. November in Wuppertal. Das Motto der Veranstaltung lautet „Dis/connected: Was uns trennt, was uns verbindet“. Die Teilnehmenden erwartet ein vielseitiges Programm und auch der Landesverband wird zwei Workshops anbieten.

Rheinland-Pfalz

Den Jahresausklang begehen wir in Rheinland-Pfalz mit einer außerordentlichen Landesmitgliederversammlung. Da seit unserer letzten Versammlung zwei Mitglieder den Vorstand verlassen haben, möchten wir am 22. November einen neuen Schriftführer und einen neuen Beisitzer wählen und würden uns explizit darüber freuen, mindestens eine weitere Frau für die Vorstandsarbeit gewinnen zu können! Neben dieser Nachwahl stehen die Abstimmung des Budgets für 2026 und der Ausblick auf das kommende Jahr auf der Tagesordnung. Wir freuen uns über eine rege Teilnahme!

Im Hinblick auf die anstehende Landtagswahl am 22. März 2026 führt unser Vorstand aktuell Gespräche mit den demokratischen Parteien. Das Ziel: Die Absenkung der Hürden für Bürgerbegehren und -entscheide sowie für Volksbegehren und -entscheide.

Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt fanden in den vergangenen Wochen mehrere Dialog-Abende (Sprechen & Zuhören) im Rahmen des Projekts „Bürgerdialoge in Sachsen-Anhalt“ statt.

Am 16. Oktober und 13. November fanden digitale Mitgliedertreffen zur Vorbereitung von Aktionen im Wahljahr statt. Wir arbeiten unter anderem

an einer Informationskampagne zu Mitbestimmungsrechten. Außerdem tauschen wir uns mit anderen Organisationen aus, um im Wahljahr gemeinsam am Schutz und der Weiterentwicklung der Demokratie zu arbeiten.

Sachsen

Am 11. November veröffentlichte unser Landesverband gemeinsam mit FragDenStaat, Netzwerk Recherche und Die Bürokratiemonster einen offenen Brief, mit dem wir die Landtagsabgeordneten aufforderten, das Transparenzgesetz nicht wie geplant zu ändern, sondern stattdessen die Transparenzplattform am 1. Januar 2026 in Betrieb zu nehmen.

Unsere Chemnitzer Regionalgruppe veranstaltete am 22. November mit „Der Konsens Code“ einen Workshop zum Systemischen Konsensieren. Der Workshop fand im Rahmen des Kulturhauptstadtjahres statt. Nach dessen Motto „C the unseen“ ging es darum, mit dem Systemischen Konsensieren Wege aufzuzeigen, wie die leiseren Stimmen gehört werden können.

Schleswig-Holstein

Am 29. November fand in Kiel unsere Landesmitgliederversammlung statt. Programmschwerpunkt waren Bürgerräte und insbesondere das Projekt Klima trifft Kommune. Es wurde ein neuer Vorstand gewählt, die Schwerpunkte für unsere Arbeit 2026, sowie die Forderungen für die Landtagswahl im Frühjahr 2027 beschlossen.

Wir übergaben eine Stellungnahme zu einem laufenden Verfahren bezüglich der Durchführung von Bürgerbegehren an das Verwaltungsgericht Schleswig. Wir beobachten weiterhin die Auswirkungen der neuen Quorenregelungen auf Bürgerbegehren. /

Mein demokratisches Erlebnis

von Claudine Nierth



Ich renne durch die nasskalten Straßen von Hamburg, bis ich endlich das MachWerk in Bahrenfeld erreiche. Eine alte Fabrik, heute ein Veranstaltungshaus. Ich gehe die Treppe hoch bis unters Dach und werde von siebzig neugierigen Menschen erwartet. Alle sind Familienmediatorinnen und -mediatoren und werden jetzt zwei Tage ihre jährliche Fachtagung abhalten. Ich darf den Eröffnungsvortrag halten und die Frage beantworten, ob und wenn ja wie, die Familie die Keimzelle der Demokratie ist. Und, ist sie es?

In den folgenden anderthalb Stunden finden wir es gemeinsam heraus. Ich beschreibe mit ein paar Zahlen den Zustand und die Entwicklung der Demokratie. Obwohl es düster aussieht, bin ich motivierter denn je. Noch nie in meiner dreißigjährigen Arbeit für die Demokratie kamen so viele Menschen aus unterschiedlichen Bereichen mit derselben Frage auf mich zu: Wie werden wir demokratischer? Gestern war es das Netzwerk der Hamburger Stadtteilkulturen, morgen sind es die Führungsriegen einer namhaften Versicherung. Übermorgen die Studierenden der TU Nürnberg. Und heute sind es hier die Juristinnen und

Juristen sowie Mediatorinnen und Mediatoren, die Familienkonflikte lösen. Wie werden wir Demokratinnen und Demokraten? Gewünscht werden Rezepte. Einfache Regeln, die jede und jeder anwenden kann. Zum Beispiel in einer Gemeinschaft:

1. Beziehe alle, die von einer Entscheidung betroffen sind, in die Entscheidungsfindung mit ein.
2. Bestimmt gemeinsam die Regeln des Verfahrens und wie ihr zur Entscheidung kommen wollt.
3. Lerne von den Einwänden und Gegenstimmen. Bedenke: Die andere Seite hat auch recht.
4. Organisiere den Einigungsprozess, nicht den Abstimmungskampf.
5. Lade jede Person ein, sie möge von da, wo sie ist, einen Schritt näherkommen.

Und was jeder Mensch jeden Tag für sich selbst tun kann, um seine demokratische Kompetenz zu erweitern?

1. Stelle dich jeden Tag einmal gedanklich in die Schuhe einer anderen Person. Frage dich selbst, wie ihr Leben und ihr Alltag aussehen mag und was ihre Sorgen und Hoffnungen sein könnten?

2. Wenn es eine demokratische Grundregel ist, dass die anderen auch recht haben, wo machen sie dann einen Punkt?
3. Frage dein Gegenüber nicht danach, was er oder sie über dies oder jenes denkt, sondern frage, wie es ihm oder ihr mit einem Thema geht. So erfährst du etwas über dein Gegenüber und nicht, was sie über andere denkt.

In den Familien wird viel entschieden. Täglich. Meistens über die Köpfe der Kinder hinweg. Meistens entscheidet die Person mit der stärksten Autorität. Was bedeutet diese Erfahrung für unsere Gesellschaft?

Sicher, Kinder zu jung wesentliche Dinge entscheiden zu lassen, führt oft zu Überforderung. Aber sie angemessen in überschaubare Entscheidungsprozesse hineinwachsen zu lassen und ihre Wünsche einzubeziehen, stärkt das Selbstwertgefühl und das familiäre Gefüge.

Ich stelle fest, dass sich die meisten Menschen für demokratisch halten, aber jede und jeder versteht etwas anderes darunter. Das macht die Demokratie spannend. Aber die Bedürfnisse sind bei fast allen gleich: Wir möchten dazugehören, gefragt werden und mitbestimmen. Wir möchten gesehen und gehört werden. Jeder und jede von uns. Wie einfach. Eigentlich. /



Claudine Nierth
Bundesvorstandssprecherin
von Mehr Demokratie.

Kontakt

Landesbüro Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart
Tel. 0711-509 10 10, Fax 0711-509 10 11
info@mitentscheiden.de

Landesbüro Bayern
Schwanthalerstr. 120, 80339 München
Tel. 089-462 242 05
bayernbuero@mehr-demokratie.de

Landesbüro Berlin/Brandenburg
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Landesbüro Bremen/Niedersachsen
Bernhardstr. 7, 28203 Bremen
Tel. 0421-79 46 370, Fax 0421-79 46 371
bremen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Hamburg
Mittelweg 12, 20148 Hamburg
Tel. 040-5611 1350
hamburg@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Hessen
Henrik Lenzgen
Tel. 0221-669665-18
henrik.lenzgen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Hermannstr. 36, 18055 Rostock
mecklenburg-vorpommern@mehr-demokratie.de

Landesbüro Nordrhein-Westfalen
Gürzenichstraße 21 a-c, 50667 Köln
Tel. 0221-669 665 11, Fax 0221-669 665 99
nrw@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Rheinland-Pfalz
Henrik Lenzgen
Tel. 0221-669665-18
henrik.lenzgen@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Saarland
Thomas Gretscher
Tel. 0681-416 36 41
thomas.gretscher@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen-Anhalt
Christian König
Tel. 030-42082370
christian.koenig@mehr-demokratie.de

Ansprechpartner Sachsen
Christian König
Tel. 030-42082370
sachsen@mehr-demokratie.de

Landesbüro Schleswig-Holstein
Sophie-Dethleff-Str. 4, 25746 Heide
Telefon: 0431 55602999
sh@mehr-demokratie.de

Landesbüro Thüringen
Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt
Christian König
Tel. 030-42082370
thueringen@mehr-demokratie.de

Arbeitsbereiche

Geschäftsführung und Kuratorium
Roman Huber, Büro Tempelhof
roman.huber@mehr-demokratie.de
Alexander Trennheuser, Büro NRW
alexander.trennheuser@mehr-demokratie.de

Service für Mitglieder und Förderer
Ulrike Moser, Büro Tempelhof
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Aline Koeppen und Anja Schuller (Leitung)
Marcus Meier (Pressesprecher)
presse@mehr-demokratie.de

Website
Aline Koeppen
aline.koeppen@mehr-demokratie.de
Stefan Padberg (Technik)
webmaster@mehr-demokratie.de

Vorträge und Repräsentation
Ralf-Uwe Beck, erreichbar über Büro Berlin
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin

Finanzierung und Stiftung
Katrin Tober, Büro Bremen
katrin.tober@mehr-demokratie.de

Wissenschaft und Dokumentation
Frank Rehmet
frank.rehmet@mehr-demokratie.de

Lobbyarbeit
Claudine Nierth, erreichbar über Büro Berlin
claudine.nierth@mehr-demokratie.de
Oliver Wiedmann, Büro Berlin
oliver.wiedmann@mehr-demokratie.de

Democracy International
Andreas Müller, Büro NRW
mueller@democracy-international.org

Arbeitskreis Aufbauende Demokratie
Harris Tiddens
harris.tiddens@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Europa und Welt
Carsten Berg
carsten.berg@gmail.com

Arbeitskreis Bürgerbegehren
Susanne Socher, Büro Tempelhof
beratung@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Wahlrecht
Paul Tiefenbach, Büro Bremen
paul.tiefenbach@mehr-demokratie.de

Arbeitskreis Bürgerbeteiligung
Fabian Reidinger, erreichbar über Büro Ba-Wü
fabian.reidinger@mehr-demokratie.de

Netzwerk Bürgerräte
www.buergerrat.de/wissen/netzwerk-buerger-
raete/

Beratung von Bürgerbegehren
Bei den Landesbüros oder zentral:
beratung@mehr-demokratie.de

Beratung zu Bürgerräten
Thorsten Sterk
thorsten.sterk@buergerrat.de

Bundesbüros

Bundesbüro Tempelhof
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55
mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Bundesbüro Berlin
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030-420 823 70, Fax 030-420 823 80
berlin@mehr-demokratie.de

Impressum

Herausgeber (V.i.S.d.P.)
Mehr Demokratie e. V.
Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-923 90 55
info@mehr-demokratie.de

Redaktion
Anja Schuller, 0178-627 29 56
zeitschrift@mehr-demokratie.de

Abonnement
18 Euro für vier Ausgaben jährlich.
Für Mitglieder und Förderer von Mehr
Demokratie e. V. ist der Abopreis durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Anzeigen
Preisliste Nr. 4 vom 11.04.2012

Druck
Druckerei & Verlag Steinmeier GmbH & Co. KG
100 % Umweltpapier

Konto
Mehr Demokratie e. V., SozialBank AG
IBAN: DE63 3702 0500 0008 8581 05
BIC: BFSWDE33XXX

Kleingedrucktes
Nachdruck frei, Quellenangabe und Beleg-
exemplar erbeten. Namentlich gekenn-
zeichnete Artikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion oder des Vereins wie-
der. Für unaufgefordert eingesandte Artikel
kann keine Haftung übernommen werden.
Die Redaktion behält sich die Kürzung/Nicht-
Veröffentlichung von Leserbriefen vor.

Redaktionsschluss
Für Heft 1.2026: 15.02.2026

Bildnachweis
Soweit nicht anders angegeben, stammen
die Bilder dieser Ausgabe aus unserer
Datenbank.

Gestaltung
Liane Haug

Korrektorat
Alina Götz

Wir bieten mit Sprechen & Zuhören ein Dialogformat sowohl online wie auch vor Ort an, in dem sich Menschen mit unterschiedlichen Meinungen respektvoll begegnen können.

www.mehr-demokratie.de/mehr-wissen/demokratische-kultur



Seit 35 Jahren bringt Mehr Demokratie direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung voran und kümmert sich um Transparenz und ein faires Wahlrecht.

Das Gespräch ist das Herz der Demokratie. Wir reden mit Menschen auf der Straße, in Initiativen und in der Politik.

Unsere Überzeugung ist, dass Menschen fähig sind, frei, selbstbestimmt und in Respekt miteinander zu leben und gemeinwohlorientiert mitzubestimmen. Mit mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie kann es gelingen, die gegenwärtigen Herausforderungen zu meistern und die Zukunft gemeinsam zu gestalten.

Bei uns können Sie mitmachen!

Folgen Sie uns auf den Social-Media-Kanälen. Dort posten wir regelmäßig Hinweise auf Veranstaltungen, spannende Verfahren in den Bundesländern und Kommunen und vieles mehr.

 facebook.com/mehrdemokratie
 x.com/Volksentscheid
 instagram.com/mehr_demokratie

info@mehr-demokratie.de
Tel. 030-42 08 23 70
www.mehr-demokratie.de



**MEHR
DEMOKRATIE**

Spendenkonto: DE04 3702 0500 0008 8581 00 | BIC BFSWDE33XXX